

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	23. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	26. April 2016, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

14.

Punkt 13 der Tagesordnung: Haushaltsstabilisierungsprozess: 1. Maßnahmenpaket für den Doppelhaushalt 2017/2018

Vorlage: 2016/0045

dazu:

Änderungsanträge der Fraktionen und Einzelvertreter zu verschiedenen Maßnahmen der Anlagen 2 und 3

Beschluss:

1. Der Gemeinderat nimmt die Maßnahmen der Verwaltung (Anlagen 1 a und 1 b) zur Kenntnis. Die Veränderung der entsprechenden Ansätze erfolgt im Rahmen des Doppelhaushalts 2017/2018.
2. Der Gemeinderat
 - a) beschließt einzeln über die Maßnahmen der Anlage 2, soweit sie nicht bereits beschlossen sind.

Für die unter Ziffer 9 dieser Beschlussvorlage genannten Maßnahmen ist die Entscheidung unter dem Vorbehalt der erfolgreichen Durchführung der eingeleiteten Verfahren nach dem Landespersonalvertretungsgesetz zu sehen.

- b) beschließt über die Anlage 3

Variante 1:

einzeln die Alternativmaßnahmen M36_SJB, M37_SJB, M38_SJB, M39_SJB, M40_SJB

anstelle der genannten Einzelmaßnahmen

M5_SJB, M7_SJB, M8_SJB, M11_SJB, M12_SJB, M14_SJB, M17_SJB, M18_SJB, M19_SJB, M20_SJB, M35_SJB

oder

Variante 2:

beschließt einzeln über die Maßnahmen

M5_SJB, M7_SJB, M8_SJB, M11_SJB, M12_SJB, M14_SJB, M17_SJB, M18_SJB,
M19_SJB, M20_SJB, M35_SJB

Abstimmungsergebnis:

Ziffer 1: Kenntnisnahme

Ziffer 2: Mehrheitlich zugestimmt (mit Änderungen), Abstimmungsergebnis s.
beigefügte Anlage

Ziffer 3: Variante 1 mehrheitlich zugestimmt (mit Änderungen), Abstimmungsergebnis
s. beigefügte Anlage

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 13 zur Behandlung auf:

Ich möchte noch einmal mit Ihnen klären, wie wir mit dem Thema Redezeit umgehen, zumal eine ganze Reihe von Änderungsanträgen von Einzelfraktionen und Gruppen eingegangen sind. Wir haben keine Stellungnahmen dazu angefertigt. Das wäre uns zeitlich nicht möglich gewesen. Es gab den Vorschlag, auf die Begründung und die Diskussion für einzelne Anträge oder auch einzelne Maßnahmen zu verzichten und es im Sinne einer Generaldebatte vor die Entscheidungsprozesse zu ziehen.

Hier gab es den Vorschlag, dass in einer ersten Rederunde 10 Minuten und in einer zweiten Rederunde 5 Minuten pro Gruppe/Fraktion/Einzelstadtrat zur Verfügung stehen. Gibt es da Widerspruch? Das sehe ich nicht. Dann können wir davon ausgehen, dass wir das so umsetzen.

Wir haben ein Maßnahmenpaket mit verschiedenen Bestandteilen. Da geht es zum einen um die Ankündigung dessen, was wir als Verwaltung im laufenden Geschäft sowieso im Rahmen unserer Verantwortlichkeit in der Haushaltsaufstellung verändern wollen. Dazu sind mir von einigen Fraktionen Rückmeldungen eingegangen, welche dieser Maßnahmen Sie für nicht sinnvoll halten. Das werden wir in den internen Beratungsprozess aufnehmen. Sie werden dann sehen, inwieweit wir das bei der Haushaltsaufstellung berücksichtigt haben.

Ein zweiter Teil hat etwas mit den Maßnahmen zu tun, die einer Zustimmung des Gemeinderats bedürfen. Ich weise aber trotzdem darauf hin, dass es dann am Ende erst bei den Haushaltsberatungen im Herbst letztendlich zur Entscheidung kommt. Sie würden uns sozusagen schon einmal vorab Ihre Zustimmung geben, dass wir das bei der Haushaltsaufstellung so berücksichtigen können. Das sind im Übrigen Dinge, die wir freiwillig vereinbart haben. Theoretisch könnten wir natürlich in unseren Haushaltsentwurf immer alles Mögliche hineinschreiben und Ihnen dann erst im Juni oder Juli erklären, was wir uns alles ausgedacht haben.

Dann gibt es noch eine Reihe von Maßnahmen, die den Sozialbereich betreffen. Da gibt es zwei Varianten. Ich sage nachher noch etwas dazu, wie wir da vorgehen. Wir hatten vereinbart, dass wir die Maßnahmen in der Anlage 2, wo wir um Ihre Zustimmung bit-

ten, einzeln abstimmen. Das wird dann schon noch ein größerer konzentrativer Kraftakt werden.

Zunächst aber zum Inhaltlichen Frau Bürgermeisterin Luczak-Schwarz.

Bürgermeisterin Luczak-Schwarz: Bei allen Diskussionen, die ich in den vergangenen Monaten und Wochen in der Bürgerschaft oder auch mit der Kollegenbank hatte, war immer der Hinweis, landauf, landab hört man, die Kassen sprudeln, die Kommunen haben noch nie so viel Geld wie heute. Trotzdem, wenn man mit den Kommunen, mit den Bürgermeistern und den Finanzbürgermeistern spricht, ist es überall gleich: Die Gesamtaufwendungen steigen schneller als die Erträge. Das ist natürlich für die Bürgerschaft und für den Einzelnen schwieriger nachzuvollziehen, als für uns seitens der Verwaltung. Wir verorten das natürlich schon. Wir sehen, dass gerade im Bereich der Sozial- und Jugendhilfe, der Kinderbetreuung, bei den Personal- und Sachkosten in den letzten Jahren viel Positives geschaffen wurde, viele Pflichtaufgaben auf die Kommune delegiert worden sind, dass wir aber nicht im Rahmen des Konnexitätsprinzips einen 100%igen Kostenausgleich erhalten haben. Das hat natürlich auch zur Folge, dass die Aufwendungen in dem Bereich überproportional steigen, gegenüber den Erträgen auf der Eingangsseite.

Bislang hatten wir in Karlsruhe Glück. Das Auseinanderdriften der Schere war nicht unmittelbar spürbar. Zum einen – ich habe es in der Haushaltsrede gesagt – sind wir eine wachsende Stadt. Jeder Einwohner bringt uns im Finanzausgleich „Kopfgeld“. Je mehr Einwohner, umso höher sind die Erträge. Das war die eine Seite, warum wir es geschafft haben. Auf der anderen Seite haben wir durch Sonderzahlungen im Bereich der Gewerbesteuer sogenannte Einmalerträge erzielt. Das ist positiv. Das hat natürlich dazu geführt, dass wir in den Jahren 2012, 2013, 2014 positive Ergebnishaushalte hatten, in 2012, 2013 zudem keine Kreditaufnahmen notwendigen waren, aber schon Ende 2014 wir einen Kredit in Höhe von 50 Mio. € aufnehmen mussten, um unser Investitionsvolumen abzarbeiten. Auch im Haushaltsjahr 2015 haben wir Ende des Jahre 49 Mio. € Kredit aufnehmen müssen, aus den gleichen Gründen.

Das zeigt, dass wir in einer Wende sind. Das war auch der Ansatz, dass wir gesagt haben, wir müssen frühzeitig starten, um hier entgegenzusteuern.

Wir haben dann vor ungefähr einem Jahr von Ihnen einen Grundsatzbeschluss erhalten, dass wir einen zielorientierten, basisorientierten, mitarbeiterorientierten Haushaltsstabilisierungsprozess durchführen sollten. Die Eckwerte für den Doppelhaushalt 2015/2016 und deren Fortschreibung im Ergebnishaushalt haben wir Ihnen aufgezeigt, dass insgesamt über diese sechs Jahre kumuliert ein Defizit von 404 Mio. € allein im Ergebnishaushalt erreicht wird und wir hier dringend Handlungsbedarf sehen. Dabei haben Sie bestimmte Rahmenbedingungen beschlossen. Ich bin nicht müde, die noch einmal zu zitieren.

Der Betrachtungszeitraum für unseren Stabilisierungsprozess beträgt sechs Jahre, d. h. 2017 – 2022. Ab 2017 ist ein ausgeglichener Haushalt sicherzustellen. Darüber hinaus gehende positive Ergebnisse im Ergebnishaushalt werden zur Reduzierung der vorgesehenen Kreditaufnahmen eingesetzt. Neue Aufgaben dürfen nur durch Aufzeigen fris-

tengerechter nachhaltiger Finanzierung oder durch Aufgabenreduzierung in anderen Bereichen übernommen werden. Alle Beteiligungen der Stadt Karlsruhe müssen ihren Beitrag im Rahmen dieses Stabilisierungsprozesses bringen. Damit sind wir gestartet. Damit haben wir einen intensiven Prozess durchgeführt.

Leider hat sich die Finanzlage der Stadt über den betrachteten Gesamtzeitraum bis 2022 nicht verbessert. Viele von Ihnen oder auch viele unserer Amtsleiter haben das gehofft. Es wird schon wieder gut gehen. Aber es zeigt sich, dass es nicht in der Weise weitergeht, wie ich es Ihnen in 2012/2013 aufgezeigt hatte.

Das Defizit im Betrachtungszeitraum 2017 – 2022 zwingt uns trotzdem zum Handlungsbedarf, um in der Zukunft genehmigungsfähige Haushalte zu erhalten und unser Investitionsvolumen nicht nur über Kreditaufnahmen umzusetzen. Wir können nicht von der Substanz leben, denn die Investitionen sind für uns als Stadt unabdingbar notwendig. Wir setzen allein 60 Mio. € im Schulbereich um. Wir investieren in Straßen, in Abwasser, in die Abfallwirtschaft, in viele Bereiche, wo teilweise auch ein Gebührenhaushalt ist, aber auch viele Sachen, die wir als Stadt als Infrastrukturmaßnahmen brauchen: Kindergärten, Schulen, Krankenhaus, Straßen. Das sind unabdingbare Infrastrukturmaßnahmen für uns als Oberzentrum Karlsruhe.

Wir haben ein anstrengendes Jahr hinter uns. Viele waren beteiligt, viele waren in den Prozess eingebunden. Alle Dienststellen haben nach einheitlichen Prozessvorgaben und Schritten die Maßnahmen in einem überschaubaren Zeitraum erarbeitet. Da möchte ich an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich Danke sagen. Ich weiß, es war eine enorme Leistung von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in den Basisgruppen, in den Projektgruppen oder auch in der Steuerungsgruppe mit uns zusammen dieses Paket erarbeitet haben.

Insgesamt wurden 482 Maßnahmen erarbeitet, von der Projektgruppe je Dezernat plausibilisiert und anschließend durch die Steuerungsgruppe beschlossen. Die eingegangenen Mitarbeiter- und Bürgervorschläge wurden ebenfalls in den verschiedenen Gruppen bearbeitet. Alle Vorschläge wurden der Politik vorgestellt; in den verschiedenen Gremien haben wir uns damit beschäftigt. Grundlegende Aussage dieses Prozesses war: Kein Vorschlag geht verloren. Die Politik, der Gemeinderat, hat jeden Vorschlag bekommen, auch wenn es seitens der Fachbereiche die eine oder andere Skepsis gab. Aber sie sollten jeden Vorschlag bekommen, weil er auch aus der Basisgruppe gekommen ist.

Der Gemeinderat hat dann im Januar den Projektbericht zur Kenntnis genommen und uns beauftragt, zur Sicherstellung ausgeglichener Ergebnishaushalte und um die Neuverschuldung zu begrenzen, ein erstes Maßnahmenpaket zu erarbeiten. Das erste Maßnahmenpaket, das Ihnen vorliegt, enthält insgesamt 304 Maßnahmen mit einem Gesamtpotential für den Zeitraum 2017 – 2022 von 185,2 Mio. €. Die Maßnahmen zur Aufwandssenkung ergeben – ebenfalls wieder auf den 6-Jahres-Zeitraum betrachtet – ein Potential von 84,1 Mio. €. Die Maßnahmen zur Ertragssteigerung haben ein Potential – über die 6 Jahre betrachtet – von 101,1 Mio. €. Im Maßnahmenpaket 1 sind nur solche Vorschläge aufgenommen worden, die nach unserer Auffassung jetzt auch Richtung Aufstellung Doppelhaushalt 2017/18 realistisch umsetzbar sind.

175 Maßnahmen aus dem Gesamtvolumen über die sechs Jahre betreffen das Geschäft der laufenden Verwaltung. Durch diese Maßnahmen könnten bereits 2017 5,7 Mio. € eingespart werden und 2018 8,4 Mio. €.

224 Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von 115,5 Mio. € über die sechs Jahre betrachtet bedürfen Ihrer Entscheidung, dass wir damit weiter arbeiten können. Durch diese Maßnahmen könnten 15,6 Mio. € in 2017 und 18,1 Mio. € in 2018 eingespart werden.

Im Sozialbereich werden Alternativmaßnahmen mit einem Gesamtpotential von 5 Mio. € vorgeschlagen. Hierauf entfallen für 2017 je 800.000 € und in 2018 ebenfalls 800.000 €. Daneben gibt es noch drei Maßnahmen im Gebührenbereich, die dazu beitragen, dass wir unsere Gebühren stabil halten werden.

Sie haben eine umfassende Beschlussvorlage erhalten, warum dieser Haushaltsstabilisierungsprozess notwendig ist. Sie haben auch aus der überregionalen Presse entnommen, dass wir nicht alleine stehen, sondern dass im wirtschaftsstarken Baden-Württemberg in Pforzheim, in Stuttgart und in Mannheim jetzt vergleichbare Prozesse gestartet werden. Wir sind schon ein Stück weiter, weil Sie uns vorausschauend beauftragt haben. Deswegen können wir auch über einen längeren Zeitraum sukzessive Konzepte entwickeln.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen decken die ganze Bandbreite der Ertrags- und Aufwandsposten ab. Sie gehen durch alle Bereiche der Verwaltung. Wir haben auf der Ertragsseite Bereiche, wo wir durchaus Nachholbedarf haben. Die Erträge sind dort seit mehreren Jahren nicht mehr erhöht worden. Wir liegen im sogenannten Benchmark – auch wenn wir die Erhöhung von Ihnen jetzt genehmigt bekommen und Sie sie dann in den Haushaltsberatungen fix machen würden – immer noch im unteren mittleren Drittel. Wir sind immer noch sehr günstig im Vergleich zu anderen baden-württembergischen Städten. Deswegen sind es moderate Steigerungen.

Viele der vorgeschlagenen Maßnahmen führen zur Reduzierung von Sach- und Personalaufwand innerhalb der Verwaltung. Aber damit allein ist natürlich kein ausgeglichener Haushalt möglich, sondern wir müssen auch an unsere Standards heran. Auch dort haben sich die verschiedenen Bereiche mit Benchmark und vergleichbaren Strukturierungen in anderen Städten intensiv beschäftigt. Daher möchte ich an der Stelle auch noch einmal sagen, dass diese Vorschläge, die wir gemacht haben, beileibe keinen Kahlschlag darstellen, wie das oft formuliert wird, sondern eine moderate Anpassung. Wir gehen von Standard 1 vielleicht auf den Standard 2. Trotzdem ist Karlsruhe noch in vielen Bereichen sehr gut aufgestellt.

An Ihnen als Stadträte liegt es nun, uns Planungssicherheit zu geben für den Doppelhaushalt 2017/18. Ich appelliere noch einmal an Sie alle, die richtige Entscheidung zu treffen, damit Karlsruhe in der Zukunft auch handlungsfähig bleibt und wir es für unsere künftigen Generationen liebevoll gestalten können. Wir müssen jetzt handeln. Das kann ich Ihnen leider nicht abnehmen. Wir müssen jetzt die richtigen Entscheidungen für unsere Stadt treffen.

Stadtrat Hofmann (CDU): Das, was wir jetzt unter Punkt 13 beschließen, ist mit Sicherheit nicht vergnügungssteuerpflichtig. Aber wir sind nun einmal die gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerinnen und Bürger. Unsere Aufgabe ist es, uns den bestehenden Haushaltsproblemen zu stellen und Lösungen zur Beseitigung des strukturellen Defizites zu finden.

Ich werde aus diesem Grund versuchen, weitestgehend auf politische Auseinandersetzungen sowie detailliertes Eingehen auf einzelne Streichpunkte zu verzichten, um die Dringlichkeit und Wichtigkeit dieser Gesamtmaßnahme – vielleicht sogar fraktionsübergreifend – noch mehr in den Vordergrund zu stellen.

Seit dem Bekanntwerden der Streichlisten vergeht sicher bei keiner Fraktion, bei keinem Stadtrat ein Tag, an dem wir nicht Briefe bekommen oder Leserbriefe in der Zeitung lesen, in denen uns von den verschiedensten Interessenvertretern klar gemacht wird, dass mit Kürzungen der Zuschüsse oder einer Entgelterhöhung an der falschen Stelle angesetzt wird. Ich kann jedes Schreiben aus Sicht der jeweiligen Betroffenen verstehen. Ich kann es teilweise sogar nachvollziehen. Aber wir können und wir werden nicht die einzelnen gesellschaftlichen Bereiche gegeneinander ausspielen. Ich denke, das ist das Wichtigste, was wir in dem Gesamtbereich mitnehmen dürfen.

Sparen und Kürzen – das kann uns jeder glauben – macht keinen Spaß. Noch mehr, es bringt in den meisten Fällen auch keine Wählerstimmen. Aber wenn wir jetzt nicht gegensteuern, ist absehbar, dass Karlsruhe in den nächsten Jahren den finanziellen Kollaps erleiden wird. Der Gemeinderat soll unserer Ansicht nach auch in den nächsten Jahren noch das Heft in der Hand haben und selbst entscheiden, wo die Schwerpunkte gesetzt werden, und dies nicht einem drohenden Zwangshaushalt überlassen oder noch schlimmer, es auf die zukünftigen Generationen verschieben.

Ich bin wirklich sehr froh und war teilweise auch überrascht, dass alle Gemeinderatsfraktionen sich ihrer Verantwortung bewusst geworden sind, und möchte mich bei all den bestehenden politischen Unterschieden, die tatsächlich da sind, auch hier bei meinen Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen für die schwierige, aber meist sehr konstruktive Zusammenarbeit im Bereich der HSPKA bedanken. Ein besonderer Dank gilt auch Ihnen, Frau Bürgermeisterin, und Ihrem Team und Ihrem Dezernat, dafür, dass Sie diesen Haushaltsstabilisierungsprozess bisher vorbildlich vorangetrieben, gemanagt und geleitet haben.

Die CDU-Fraktion hat dieses anstehende Szenario bereits bei der letzten Doppelhaushaltsberatung verinnerlicht und sich eine Ausgabendisziplin verordnet. Aber leider sind wir demokratisch mehrheitlich in vielen Punkten unterlegen. Ich möchte hier aber auch nicht nachkarteln, denn besser eine späte Einsicht, als gar keine. Wir sind – wie bereits erwähnt – auf einem sehr guten Weg, und dies fraktionsübergreifend.

Ich möchte noch einmal detailliert darauf eingehen, warum es denn bei diesen ständigen Einnahmen überhaupt zu einem Haushaltsdefizit kommt. Denn genau das ist das - was ich immer mehr gemerkt habe -, was der Bürger in Unkenntnis der komplexen Sachlage zu Recht oft überhaupt nicht nachvollziehen kann. Ich muss sagen, bevor ich vor 15 Jahren hier hereingekommen bin, hätte ich das auch nicht gekonnt.

Es wurden in den letzten Jahren immer mehr neue Aufgaben durch den Gesetzgeber von Bund und Land auf die Kommunen übertragen, ohne für eine auskömmliche Finanzierung zu sorgen. Sie haben es eben schon angedeutet, Frau Bürgermeisterin. Dies führte notgedrungen zu zusätzlichen Ausgaben, insbesondere in den Bereichen Bildung, Soziales, und zwar meist aufgrund massiv steigender Personalausgaben durch zusätzliches Personal. Allein 2015 mussten wir in Karlsruhe 127 neue Stellen schaffen, bzw. wir haben sie auch mit einer großen Mehrheit hier im Gemeinderat geschaffen.

Dies hatte zur Folge, dass von 2013 – 2015 der Personaletat jedes Jahr um 15 Mio. € gestiegen ist; mittlerweile auf 300 Mio. € mit steigender Tendenz in Richtung 2016 auf 315 Mio. €. Die gleichzeitig gestiegenen Steuereinnahmen reichen natürlich nicht aus, um diese Lasten jährlich immer wiederkehrend zu schultern. Ich möchte aber hier auf keinen Fall den Anschein erwecken, einen Bereich an den Pranger zu stellen und ihn gegenüber den anderen auszuspielen. Wir halten alle die Ausgaben im Sozialen sowie insbesondere der Bildung und Betreuung für gesellschaftlich extrem wichtig und notwendig. Aber die Kommunen dürfen in dieser Geschichte nicht allein gelassen werden bzw. mit Anfangsbezuschussung oder Minimalzuschüssen minimal abg gespeist werden.

Wichtig ist der CDU-Fraktion, hier nochmals klarzustellen, dass die Defizite im Ergebnishaushalt auch dann bestehen, wenn wir auf jegliche neue Investitionen verzichten würden. Trotzdem muss eine Stadt, wenn sie in die Zukunft blicken will, investieren. Ich nehme an, das ist jedem klar. Trotzdem sieht das Investitionsprogramm der Stadt für den Doppelhaushalt 2017/18 Investitionen von ca. 120 Mio. € vor. Dabei handelt es sich aber fast ausschließlich um Sanierung von Schulen, den Ausbau von Kitas, Brandschutzmaßnahmen, den Bau der Hauptfeuerwache sowie die ersten Raten für den Klinikumneubau.

In den 12 Jahren, in denen ich mittlerweile hier sitze, wurde jährlich immer wieder ein mittlerer zweistelliger Betrag allein in Schulen und Kitas investiert. Das ist aber auch richtig so. Denn das sind Investitionen einer Stadt in die Zukunft. Das heißt aber auch – das ist mir auch besonders wichtig -, dass die gerne gemachte Rechnung bzw. der Tenor Vieler, dass die Stadt jetzt ohne Stadion oder Staatstheaterneubau nicht im Ergebnishaushalt kürzen müsste, völlig falsch ist. Denn diese Investitionen, geschweige denn eventuell anstehende Folgekosten sind im anstehenden Doppelhaushalt noch nicht einmal enthalten.

Ein Erfolg einer Haushaltsstabilisierung hängt immer vom Prozess der Herangehensweise ab. Ich bin der Meinung, dass es die richtige Vorgehensweise war, das Fachwissen der Mitarbeiter der Verwaltung in den Basisprojekt- und –steuerungsgruppen zu nutzen und die Vorschläge zur Konsolidierung zu sammeln. Hierbei gilt unser aller Dank den städtischen Mitarbeitern sowie den Tochtergesellschaften, aber auch allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich zusätzlich in diesen Prozess mit eingebracht haben.

Eine wichtige Grundlage der Haushaltsstabilisierung war für uns immer, dass bei allem Spardruck der Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen oder Arbeitsverdichtung nicht eingetreten ist. Für uns ist das oberste Gebot, dass eine Konsolidierung nicht auf dem Rücken der Mitarbeiter ausgetragen werden darf. Wenn Mittelkürzungen ins Haus

stehen, dann müssen auch entsprechende freiwillige Leistungen wegfallen oder reduziert werden und dürfen nicht zusätzlich auf das Personal verteilt werden.

Die HSPKA ist aber ein langwieriger Prozess, der uns sicher noch länger begleiten wird. Aber heute stehen innerhalb des Maßnahmenpaktes 1 unter der Anlage 2 nur die Maßnahmen zur Entscheidung an, die aus Sicht der Verwaltung 2017/18 tatsächlich umsetzbar sind und die Zustimmung des Gemeinderates benötigen. Die Maßnahmen 1 a und 1 b – Sie haben es eben erwähnt – nehmen wir zur Kenntnis und werden im Doppelhaushalt – falls nötig – entsprechende Änderungsanträge einbringen.

Der CDU ist durchaus klar, dass durch die heutigen Entscheidungen in viele bisherigen Standards und Leistungen eingegriffen wird, die von den Beteiligten auch als schmerzhaft empfunden werden. Wir haben uns dabei aber immer an den Benchmarks vergleichbarer Städte orientiert. Dort wo wir teilweise klar und deutlich über landes- und bundesweitem Durchschnitt liegen, müssen wir aufgrund der Haushaltssituation jetzt entsprechende Anpassungen vornehmen. Wir sind uns unserer Verantwortung absolut bewusst und stimmen deshalb mit wenigen Ausnahmen den Maßnahmenvorschlägen der Stadtverwaltung zu.

Ein paar Punkte lehnen wir allerdings ab, da sie aus heutiger Sicht nicht zielführend für uns erscheinen, z. B. die vorgesehene Schließung der Bürgerbüros Mitte und Ost. Wir wollen stattdessen eine Evaluierung der bisherigen Arbeit der Bürgerbüros und eine Gesamtkonzeption der zukünftigen Ausrichtung. Wir lehnen aber auch eine Abschaffung der Brötchentaste ab, da sie für uns ein wichtiges Instrument zur Förderung des Einzelhandels in Durlach und Mühlburg ist.

Ganz wichtig ist uns auch noch einmal klarzustellen, dass wir zum Großteil kein Rasenmäherprinzip angewendet haben; lediglich da, wo man es mit den Betroffenen so abgesprochen hatte, aber trotzdem sichergestellt ist, dass auch wirklich jeder Bereich seinen Beitrag zur Konsolidierung leistet. Das Maßnahmenpaket 1 ist aus Sicht der CDU-Fraktion ein schlüssiges Gesamtpaket über alle Bereiche der städtischen Aufgaben. Es ist eine ausgewogene Mischung aus Einsparungen und Einnahmesteigerungen, wenngleich dieses Mal die Einnahmesteigerungen im Vordergrund stehen. Die Einnahmenerhöhungen trägt die CDU-Fraktion schweren Herzens mit. Aber auch nur, weil wir im kommunalen Vergleich unter dem Durchschnitt lagen. Wichtig ist uns dabei, noch einmal klar zu betonen, dass wir unverändert ein Ausgabenproblem bei den städtischen Finanzen haben, welches im 2. Maßnahmenpaket schwerpunktmäßig behandelt werden muss. Wir kündigen dabei bereits heute an, dass die CDU-Fraktion erneute Gewerbe- und Grundsteuererhöhungen bis auf weiteres ablehnen wird, und zwar so lange, bis eine nachhaltige Ausgabenpolitik erreicht worden ist.

Der Beschluss des Maßnahmenpakets 1 ist zwar vorerst nur eine Leitlinie der Haushaltsaufstellung des Doppelhaushalts 2017/18. Doch ich ermutige alle Kolleginnen und Kollegen dazu, dass wir weiter gemeinsam den eingeschlagenen Weg gehen. Die Verwaltung wird uns für die Zukunft neue, sinnvolle Vorschläge vorbereiten, aber wir müssen uns auch der Kritik der Bürger stellen, sie mit Argumenten überzeugen und nicht durch den Druck von außen oder politische Ideologien hinter die heutigen Beschlüsse zurückfallen.

Der Vorsitzende: Sie haben jetzt eine dreiviertel Minute überzogen. Ich sage das nur, damit die anderen wissen, wie lange 10 Minuten sind.

Stadtrat Marvi (SPD): Die werde ich wieder einsparen.

Den Beginn meiner Ausführungen möchte ich mit der vielleicht wichtigsten Botschaft aus unserer Sicht für diesen anspruchsvollen Haushaltsstabilisierungsprozess verbinden. Karlsruhe stabilisiert seinen Haushalt nicht aus einer Position der Schwäche, sondern um für die Zukunft stark zu bleiben. Wir tun das, Frau Bürgermeisterin, Sie haben es ausgeführt, parallel zu anderen Großstädten mit vergleichbaren Rahmenbedingungen, bei denen der Befund immer der gleiche ist, dass die strukturellen Ausgaben stärker gewachsen sind als die Einnahmen. Ihren Hinweis möchte ich zu Beginn auch noch einmal gerne darauf verwenden, dass wir neben unseren gemeinsamen Anstrengungen, hier strukturell einzusparen, in einem Konzert dieser Kommunen natürlich weiterhin den Druck hoch halten müssen auf die Bundesregierung und den Bundesfinanzminister, um weiterhin milliardenschwere Unterstützung für die Kommunen in den nächsten Jahren auch im Sinne des eigenen Koalitionsvertrags zu ermöglichen.

Mit dem heutigen Leitlinienbeschluss demonstrieren wir aus Sicht meiner Fraktion in vielen Bereichen, Herr Hofmann hat es gesagt, großes Einvernehmen, Handlungsfähigkeit und den klaren Willen zur Veränderung, zur Steuerung und zur Gestaltung. Wir agieren präventiv und vorausschauend, bevor es zu spät ist. Wir machen klar als Fraktion, was mit diesem Gemeinderat geht und was unsere Stadtentwicklung eher gefährdet. Denn nicht alles, was vorgeschlagen wird – das ist genauso klar -, ist zielführend. Das ist genau unsere politische Aufgabe.

Natürlich war uns von vornherein klar, dass angesichts der Tatsache, dass alle Angebote und alle Dienstleistungen der öffentlichen Hand auf dem Prüfstand stehen, eine große öffentliche Debatte kommen wird. Diese Debatte ist sehr legitim. Auch die Sorgen um die Zukunft der sozialen Stadt und dass Karlsruhe weiterhin eine lebenswerte Stadt bleibt, sind natürlich angebracht. Genau hier fängt unsere gemeinsame Aufgabe als Politik, als Gemeinderat an, gemeinsam mit der Verwaltung klar zu machen, dass wir mit diesem Haushaltsstabilisierungsprozess auch überregional und öffentlich unsere Stadt nicht schlecht reden, nicht herunterziehen, nicht in Panik verfallen wollen angesichts all der anspruchsvollen Aufgaben, die wir erfüllen müssen, sondern dass wir unsere Spitzenposition im Wettbewerb mit anderen wachsenden Großstädten erhalten und zielgerichtet in die Zukunft investieren wollen. Ich betone zielgerichtet, eben nicht mit der Gießkanne, sondern mit einem klaren Blick für Prioritäten und Folgewirkung in den kommenden Jahren in die Zukunftskerne unserer Stadt.

Ich möchte in der Reihenfolge einige Worte der Beruhigung, des Lobes und der Erwartungshaltung aussprechen.

Zunächst komme ich zur allgemeinen Beruhigung. Das ist uns als Fraktion, wie auch für meine Partei, so wichtig, dass wir das heute noch einmal betonen. Denn in der öffentlichen Diskussion wird oft suggeriert, dass wir heute bereits vorgezogen über Haushaltsmaßnahmen des Doppelhaushaltes endgültig und final entscheiden. Angesichts der

ganzen Mails, Briefe und Anliegen, die ich bekommen habe, dass wir uns heute aber unbedingt in die eine oder die andere Richtung zu 100 % für alle Zukunft festlegen müssen, möchte ich noch einmal klar sagen, was wir heute tun, ist nicht mehr und nicht weniger als ein Leitgerüst, mit dem wir die Verwaltung beauftragen, den kommenden Doppelhaushalt vorzubereiten. Dieser wird natürlich erst im Herbst entschieden. Deswegen möchte ich auch ausdrücklich uns und alle, die hier heute mitarbeiten, herausnehmen, dass wir an der einen oder anderen Stelle, wo es möglicherweise vernünftig ist, bis zum Herbst noch nachjustieren können, ohne den grundlegenden Konsens der Einsparung und der Haushaltskonsolidierung zu verlassen.

Genauso wie bei meinem Vorredner, das auch noch einmal zur allgemeinen Beruhigung derer, die da draußen Unterschriften übergeben haben und der besorgten Bürger in den betroffenen Stadtteilen, kommt für meine Fraktion ohne ein schlüssiges Gesamtkonzept überhaupt nicht in Frage – weder heute noch in Zukunft –, Bürgerbüros, wie sie hier im Falle von Mitte und Ost vorgeschlagen worden sind, zu schließen. Das ist natürlich klar, dass wir so mit einer bürgernahen Verwaltung nicht in die Zukunft gehen können.

Damit komme ich zum Lob. Auch ich möchte die noch nie dagewesene Kooperation erwähnen. Ich glaube, das kann man so sagen. Jenseits der üblichen Verhandlungen, die immer kurz vor Doppelhaushalten ausbrechen und der Telefonate, die es da immer gibt, haben wir hier wirklich eine besondere Art der Zusammenarbeit gefunden und unser Verantwortungsbewusstsein für die Stadt, für die Finanzen der Stadt unterstrichen. Wir geben damit auch nicht unterschiedliche Positionen, Profile und Akzente auf, wie sie auch in den Reden und Änderungsanträgen überkommen werden. Es ist also keine Konsenssoße, vor der sich die Öffentlichkeit Sorgen zu machen braucht, dass die Unterschiede der Parteien und Fraktionen nicht mehr erkennbar sind, sondern es geht hier wirklich angesichts der großen Dimension um einen Grundkonsens. Ansonsten würde dieses Verfahren grandios scheitern.

Ein großer Dank meiner Fraktion gilt selbstverständlich den Dezernaten, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtkämmerei, allen, die sich an den zahlreichen Einsparvorschlägen mit viel Fleiß und Kreativität beteiligt haben, also weit über das hinaus, was reine Diensterfüllung wäre. Die Kreativität sehen wir beispielsweise auch sehr stark in den Einsparvorschlägen beim Dezernat 1, wo es auch zu vielen Optimierungen kommen wird, auch zu einheitlichen Standards. Das ist ein guter Weg, den wir generell, auch jenseits dieses Prozesses beibehalten sollten.

Nun zu unserer klaren Erwartungshaltung. Im Bereich des Dezernats 2 werden wir heute natürlich auch Weichen stellen für Einschnitte im Kulturbereich. Karlsruhe wird dennoch, ich glaube, das kann man so sagen, eine Kulturstadt von Format bleiben, die Kunst und Kreative anzieht. Unser Kulturretat wird auch nach wie vor, nach diesen Einsparungen, ein stattlicher bleiben. Das muss ich dann immer mit anderen Kommunen vergleichen.

Dennoch ist es aus unserer Sicht so, dass das Dezernat und die Verwaltung nacharbeiten müssen, zumindest bei der Plausibilisierung der Kürzungen beim ZKM und dem Staatstheater als unseren Leuchtturminstitutionen. Wir können uns die Kürzungen der

Mittel grundsätzlich vorstellen. Uns ist es aber sehr wichtig, dass diese Kürzungen - auch mit der Streckung, die jetzt zum Glück abgestimmt wurde - plausibel dargestellt werden, inwieweit sie zu Leistungsverminderungen führen und ob es am Ende tatsächlich zu einer Gefährdung der Grundsubstanz kommen würde. Uns ist es sehr wichtig, weil diese Kulturinstitutionen weitaus mehr leisten, als die reine kulturelle Arbeit, sondern ein beträchtlicher Imagefaktor für die Außenwirkung unserer Stadt sind. Wir sagen auch klipp und klar, wenn wir davon nicht überzeugt sind, würden wir natürlich auch als Fraktion ein Veto dagegen einlegen im Rahmen des Doppelhaushalts oder Anpassungen vorschlagen. Damit wir das heute auch klar und deutlich gesagt haben.

Was uns auch ein bisschen geärgert hat und was ich hier auch noch einmal im Namen meiner Fraktion betonen möchte: Bei der Aufarbeitung der Risiken und der Folgewirkungen für den Kulturbereich wäre es aus unserer Sicht hilfreich, auf das eine oder andere Statement aus den Reihen der Verwaltung im Kulturteil lokaler Medien zu verzichten und stattdessen einen etwas intensiveren Schulterschluss mit den gemeinderätlichen Gremien zu suchen.

Stadtteile und Bürgervereine können sich darauf verlassen, dass sie mit der SPD-Fraktion und ganz vielen im Gemeinderat Beteiligten starke Partner an ihrer Seite haben, wenn es weiterhin um ein hohes Tempo beim Ausbau der Bürgerzentren, der bürgerschaftlichen Arbeit geht. Dieses Tempo wollen wir im Rahmen des Maßnahmenpakets auf keinen Fall drosseln.

Im Bereich des Dezernats 3, das klang auch schon an, ist aus unserer Sicht ebenfalls etwas sehr Erfreuliches gelungen, nämlich dass die Sozialexperten aus den Fraktionen so frühzeitig zusammengekommen sind, sich unter tatkräftiger Unterstützung des Dezernats in mehreren Klausuren detailliert und vertieft den Einsparvorschlägen gewidmet haben und darüber in vielen Punkten einen Grundkonsens erreichen konnten, was aus unserer Sicht in diesem sensiblen Sozialbereich überhaupt keine Selbstverständlichkeit ist und was sicherlich vorbildhaft und mustergültig für andere Bereiche ist. Natürlich werden wir einzelne Vorschläge beim Dezernat 3 auch ablehnen, wie etwa die Streichung der Sommerleseaktion in den Freibädern oder die Streichung der Zuschüsse für die Sportschulen. Auch wollen wir weiterhin das Nachmittagsangebot des KLEVER, was aus unserer Sicht ein absolutes Erfolgsmodell des Stadtjugendausschusses ist, aufrechterhalten. Wir werden uns auch gegen weitere kleinere Einsparungen im Sozialbereich mit unangemessener Folgewirkung wehren.

Bei allem Sparzwang ist uns klar, wir müssen weiterhin eine Stadt mit einem klar erkennbaren sozialen Profil bleiben, die nicht ohne Herz und Verstand spart. In eine Zeit, in der in unserer Stadt Christbäume als wesentlicher Teil kulturellen Brauchtums in Frage standen, wollen wir hoffentlich alle gemeinschaftlich nicht mehr zurück.

Im Dezernat 4 hat uns die Verwaltung einige Steuer- und Abgabenerhöhungen vorgeschlagen. Wir glauben, dass es zwar deutlich zu Ausgabeneinsparungen kommen muss, aber es wird auch nicht ohne Ertragssteigerungen gehen. Das muss ein vernünftiger Mix sein. Die Erhöhung der Grundsteuer tragen wir mit. Dies wird uns 5,7 Mio. € bringen, die wir dringend brauchen, wird aber dann in der Praxis und Realität einzelner Bürger zu sehr geringen Belastungen führen, die etwa am Ende im Cent-Bereich sind.

Der Herr Oberbürgermeister zeigt mir schon die gelbe Karte. Die Redezeit ist, glaube ich, aufgebraucht. Deswegen spare ich gerne noch die weiteren zwei/drei Detailpunkte, die man an anderer Stelle vertiefen kann. Auch meine Freude über die heutige große Zustimmung zur Brötchentaste mit Hilfe der KULT-Fraktion möchte ich jetzt nicht weiter ausführen.

Es stehen noch viele weitere harte Verhandlungen rund um die künftigen Maßnahmenpakete vor uns. Lassen Sie uns alles dafür tun, dass unsere Zusammenarbeit so gut bleibt, wie sie war, bei allen Unterschieden. Wir reichen allen anderen Fraktionen und der Verwaltung die Hand, zu einer vernünftigen Haushaltskonsolidierung zu kommen.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Für die GRÜNE-Fraktion ist es ein wichtiger Grundsatz, so sparsam zu sein, dass wir den nachfolgenden Generationen keinen Schuldenberg hinterlassen. Entsprechend haben wir unverhältnismäßige Großprojekte in den vergangenen Jahren abgelehnt oder Kompromisse vorgeschlagen. Dabei bleiben wir und begrüßen deshalb, dass die Verwaltung so viele Vorschläge für Konsolidierungen vorgelegt hat. Wir danken allen dabei Beteiligten für diesen Kraftakt. Auch wenn wir die Ursache für das drohende Defizit eher bei Entscheidungen sehen, die wir nicht mitgetragen haben, wollen wir trotzdem jetzt dazu beitragen, Einnahmen und Ausgaben wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

Deshalb haben wir uns in Beratungen mit den anderen Fraktionen dafür eingesetzt, dass möglichst viele Sparvorschläge durchkommen und dabei auch unsere eigenen grünen Kernanliegen nicht ausgenommen. Denn nur wenn alle Bereiche einen Beitrag leisten, kann die nötige Summe erreicht werden. Nur in den Fällen, wo eine Sparmaßnahme aus unserer Sicht nicht vertretbar ist, werden wir dagegen stimmen. Bei einigen Maßnahmen wurde im Vorfeld ein Kompromiss erreicht. Bei anderen haben wir Änderungsanträge eingereicht oder werden anderen zustimmen, um die gänzliche Streichung zu vermeiden.

Einige nähere Erklärungen zu einigen Maßnahmen:

Die Projektmittel für Internetprojekte sind uns wichtig, weil in diesem Bereich ein deutlicher Ausbau nötig ist, den wir nicht durch Kürzungen behindern wollen. Auch KA-WLAN sollte weiter ausgebaut werden. Deshalb brauchen wir die Mittel dafür.

Der Ausbau der Bürgerzentren ist von allen gewünscht, kostet aber auch einiges. Durch die zeitliche Streckung lassen sich hier Einsparungen erzielen. Das ist für uns ein guter Kompromiss.

Die Schließung der Bürgerbüros ist ein Einschnitt in den Service für unsere Bürgerinnen und Bürger. Für diese Entscheidung benötigen wir zunächst mehr Informationen in Form eines Gesamtkonzepts.

Zum Tierschutz: Wir sind für eine weitere Fütterung von Tauben in Taubenschlägen, damit die Gelege entnommen werden können. Die Fachleute sagen voraus, dass sich sonst die Tauben wieder in die Stadt verteilen und unkontrolliert vermehren.

Auch den städtischen Fonds für Tierarztkosten halten wir für notwendig. Als Kompromissvorschlag haben wir einen Änderungsantrag gestellt.

Im Bereich Kultur hat die Verwaltung ein Rasenmäherprinzip von 3,6 % für alle Transferleistungen vorgeschlagen. Uns Grünen ist hierbei wichtig, dass alle Einrichtungen zur Haushaltskonsolidierung beitragen. Ein Ausscheren aus dem Prinzip „Alle tragen etwas bei“ würde bedeuten, dass die anderen Einrichtungen viel größere Kürzungen schultern müssten, um das Gesamtziel zu erreichen.

Nur zwei Bereiche wollen wir davon ausnehmen. Lese- und Medienkompetenz sind grundlegend für die gesellschaftliche Teilhabe. Das betrifft den Medienetat für die Stadtbibliothek, die Online-Lizenzen des Stadtmedienzentrums und die Sommerleseaktion Freibadbüchereien.

Auch das Ziel, Kinder und Jugendliche für Kultur zu begeistern, ist uns wichtig. Da beantragen wir zunächst eine Konzepterstellung, wie KiX und JuX in das thematisch ganz anders ausgerichtete Karlopolis integriert werden.

Familien sollten nicht übermäßig belastet werden. Deshalb wollen wir die Preise an Ganztagschulen nicht erhöhen, die kostenlose Scool-Card erhalten, die Ferienerholungsmaßnahmen beibehalten und das Jugendbegleiterprogramm nur halbieren.

Der Zuschuss zu Junior Slow ist uns wichtig, weil sie weiterhin Politik mit Messer und Gabel machen sollen.

Beim Sport bleiben wir bei unserer Linie, dass wir den Breiten- und Gesundheitssport höher gewichten als den Profisport. Die Förderung von Bewegung bei Kindern und Jugendlichen ist eine wichtige Aufgabe. Daher werden wir einer Kürzung im Schul- und Vereinssport nicht zustimmen.

Im Sozialbereich sind Kürzungen besonders schwierig, denn Karlsruhe muss eine soziale Stadt bleiben. Deshalb gab es mehrere Klausuren der dafür Zuständigen, und es wird noch weitere Beratungen geben. Konkret wollen wir die kommunalen Arbeitsgelegenheiten für Langzeitarbeitslose weiterhin in bisheriger Höhe erhalten.

Die Weihnachtswendigung für Betagte gilt nur für die, die es nötig haben und muss erhalten bleiben; ebenso die Straßensozialarbeit, die Beratungsstelle für Straßenprostitution und die Zuschüsse für Frauenhäuser.

Bei der Pauschale für den Beförderungsdienst der schwerbehinderten Menschen setzen wir uns in einem Änderungsantrag für eine maßvollere Kürzung ein.

Das Fanprojekt wird weiter gebraucht, ebenso wie die Servicestelle Übergang Schule und Beruf.

Auch die Verbraucherzentrale wollen wir weiter unterstützen.

Zu den öffentlichen Toiletten brauchen wir ein Konzept, bevor wir beschließen, was wegfallen kann.

Im Umweltbereich wollen wir das ressourcenoptimierte Gewerbeflächenmanagement in voller Höhe erhalten. Nur so können wir es schaffen, mit den vorhandenen Gewerbeflächen auszukommen.

Beim Kühlschranks-Tauschprogramm sind soziale und ökologische Ziele ideal verknüpft. Deshalb muss es weiterlaufen. Der Klimaschutzfonds ist in der jetzigen Höhe dringend nötig.

Zum Verkehr: Die Brötchentaste wollen wir bekanntlich schon immer abschaffen; heute also ein neuer Versuch.

Die Parkgebühren sind in der Tat zu niedrig. Da werden wir uns wohl dem Kompromissvorschlag anschließen.

Wir sind für die Beibehaltung der Radverkehrskampagne in voller Höhe und auch mittelfristig für deren Weiterführung.

Die Sparmaßnahmen bei den VBK stehen heute nicht zur Abstimmung. Aber weil darüber öffentlich diskutiert wurde auch dazu eine Aussage. Die Nightliner sollen werktags eingestellt werden, die Linie 8 fast eingestellt und die Linie 5 im Sommerfahrplan auf 20-Minuten-Takt umgestellt werden. Diese Vorschläge greifen da ein, wo die wenigsten Fahrgäste betroffen sind. Sie sind zudem ökologisch sinnvoll, weil da nur sehr wenige Menschen mitfahren. Deswegen tragen wir das mit, weil auch die VBK einen Beitrag leisten sollte.

Eine Reduzierung des Aufwands dadurch, dass etwas künftig 2-jährlich stattfindet, wollen wir bei diversen Dingen. Das kommt nachher in den Abstimmungen. Damit ist sichergestellt, dass diese Traditionen weitergeführt werden und jederzeit auch wieder auf jährlich umgeschaltet werden kann, wenn wir wieder mehr Geld zur Verfügung haben.

Weil sich auch der Gemeinderat selbst nicht ausnehmen kann, hätten wir 9 % Kürzung der Mittel für Gemeinderatsfraktionen zugestimmt. Falls nur eine Kürzung auf 5 % eine Mehrheit bekommt, tragen wir aber auch das mit.

Nun zu den Maßnahmen, bei denen es um Erhöhung der Einnahmen geht. Bei einigen Gebühren hat sich herausgestellt, dass sie seit vielen Jahren nicht angepasst wurden. In diesen Fällen stimmen wir zu, auch dann, wenn die prozentuale Erhöhung groß ist, so lange wir mit anderen Städten vergleichbar sind. Dazu gehört auch die Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes um 50 Prozentpunkte auf 470 Prozent. Wir sind uns darüber klar, dass das alle trifft, weil diese Steuer auf die Miete umgelegt werden kann. Aber auch nach der Erhöhung liegen wir immer noch weit unter dem Durchschnitt vergleichbarer Städte von 550 Prozent.

Bei der Zweitwohnungssteuer gehen wir davon aus, dass sich viele vom Zweitwohnsitz auf den Erstwohnsitz ummelden. Dadurch hat Karlsruhe zusätzliche Einnahmen aus

dem landesweiten kommunalen Finanzausgleich und wir bekommen das, was uns zu-
steht, für die Menschen, die hier wohnen.

Bei allen Maßnahmen, die der Beteiligung der Personalvertretung unterliegen, steht un-
sere Zustimmung unter dem Vorbehalt, dass es zu einer Einigung mit dem Personalrat
kommt. Sonst müssten wir neu darüber nachdenken. Das gilt insbesondere für Ver-
schiebung der beamtenrechtlichen Beförderung.

Zu den Maßnahmen in Verantwortung der Verwaltung haben wir dem Oberbürger-
meister einige Punkte genannt, die wir nicht gut heißen; nicht überraschend beim Um-
weltschutz und der Bürgerbeteiligung.

Damit komme ich abschließend zum wichtigsten Punkt. Mit den heutigen Entscheidun-
gen werden erste Pflöcke eingerammt, wie der Entwurf des Haushalts 2017/18 ausse-
hen sollte. Wenn sich bis zum endgültigen Beschluss neue Fakten ergeben, werden wir
unsere Haltung erneut prüfen. Auch die Vorschläge aus der Öffentlichkeit konnten bis-
her noch nicht von der Verwaltung bewertet werden. Wenn das vorliegt, können wir
darüber beraten.

Bisher ist uns die Beteiligung der Öffentlichkeit zu kurz gekommen. Bei den regulären
Haushaltsberatungen im Spätjahr wird aber erneut die Öffentlichkeit beteiligt. Erst da-
nach sind die Entscheidungen endgültig. Aber ich möchte keine übertriebenen Erwar-
tungen wecken. Wir fühlen uns auch weiterhin verpflichtet, den Haushalt zu konsolidie-
ren.

Stadtrat Wohlfeil (KULT): Das Geld, das man besitzt, ist das Mittel zur Freiheit; dasje-
nige, dem man nachjagt, das Mittel zur Knechtschaft. Dieser Satz von Rousseau stimmt.

Wir alle hier im Bürgersaal, vom Oberbürgermeister bis zu den Bürgerinnen und Bürger
auf der Empore als Vertreter der Einwohnerschaft, wir alle wollen, dass Karlsruhe seine
finanzielle Freiheit behält. Wir wollen, dass unsere Stadt handlungsfähig bleibt, dass wir
selbständig über unsere Angelegenheiten entscheiden können und nicht das Regie-
rungspräsidium über unseren städtischen Haushalt bestimmt.

Beim Haushaltsstabilisierungsprozess ging und geht es darum, auch in den kommenden
Jahren handlungsfähig zu bleiben. Manch einer mag aktuell noch nicht die Notwendig-
keit dazu sehen, geht es Karlsruhe doch aktuell im Vergleich zu anderen Städten gut.
Häufig hören wir Stadträte: Aber die Steuereinnahmen sind doch auf Rekordhöhe.
Doch die Ausgaben steigen nicht nur in Karlsruhe schneller als die Einnahmen; vor allem
aufgrund stetig steigender Ausgaben für Aufgaben, die Bund und Länder auf die Stadt
abwälzen, aufgrund steigender Personalkosten und in Zukunft aufgrund steigender zu-
sätzlicher Lasten, von denen die Kombilösung nur eine ist. Es bildet sich ein Keil zwi-
schen unseren Einnahmen und unseren Ausgaben. Dieser Keil heißt strukturelles Defizit.
Er droht uns auseinanderzutreiben. Denn die Beseitigung des strukturellen Defizits greift
in die gewohnten Standards ein.

Die Menschen in dieser Stadt befürchten zu Recht den Verlust nützlicher und lieb ge-
wonnener Angebote sowie höhere Abgaben und Kosten für städtische Leistungen. Im

Sozialbereich, in der Kultur und im Sport bangen die Verbände, die Vereine und die großen Institutionen darum, wie sie ihre Aufgaben mit weniger Zuschüssen verwirklichen können.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt haben Angst vor Arbeitsverdichtung durch Personaleinsparungen. Angst, dass sie für das gleiche Geld noch mehr arbeiten müssen, weil es für den Kollegen, der in den Ruhestand ging, keinen Nachfolger gibt und sie dessen Arbeit jetzt auch noch schaffen müssen.

Zwischen allen Stühlen sitzen wir Stadträte und der Herr Oberbürgermeister. Spaß macht es uns Stadträten beileibe nicht. Wir sehen die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger, der Vereine und der Verbände und der Mitarbeitenden. Wir haben dieses kritische Durchleuchten des städtischen Handelns nicht mit Begeisterung in Auftrag gegeben. Wir müssen aber etwas tun. Fragen Sie unseren Kämmerer, fragen Sie unsere Finanzbürgermeisterin, fragen Sie die Haushaltspolitiker von Herrn Dr. Heilgeist bis Herrn Honné. Schauen Sie einmal die Zahlen und Fakten im Detail an. Dann werden Sie zu dem Schluss kommen, wir müssen jetzt umsichtig gegensteuern.

Bei der heutigen Entscheidung geht es darum, was wir uns morgen und übermorgen noch leisten können. Diese finanzielle Nachhaltigkeit hat auch etwas mit Generationengerechtigkeit zu tun. Wir wollen das Vermögen der Stadt erhalten und nicht von der Substanz leben. Wir wollen unseren Kindern und Enkeln eine funktionierende Stadt hinterlassen, insbesondere eine funktionierende Infrastruktur.

Die KULT-Fraktion hat schon beim Doppelhaushalt 2015/16 gewarnt, dass sich diese Nachhaltigkeit zu wenig im Haushalt wiederfindet. Zitat aus unserer Haushaltsrede: „Wir alle haben erkannt, dass vieles nicht bezahlbar ist und wir müssen handeln. Der Haushalt zeigt ein klassisches strukturelles Defizit. Dem muss die Stadt entgegensteuern. Eine ernst gemeinte Aufgabenkritik ist überfällig. Was muss, was kann die Stadt noch leisten? Worauf kann sie verzichten? Wie kann die Verwaltung noch effizienter arbeiten? Eine solche Reform braucht Reformbereitschaft in Verwaltung und Gemeinderat. Und sie braucht Bürgerunterstützung in Form eines moderierten Beteiligungsprozesses.“ – Zitat Ende.

Die Reformbereitschaft ist, wie Sie alle gehört haben, mittlerweile da. Die Beteiligung der Bürgerschaft hat leider nicht in dem nötigen Maß und wie von meiner Fraktion beantragt, stattgefunden. Deswegen muss heute einfach um Verständnis und Vertrauen bei den Bürgern geworben werden. KULT- und CDU-Fraktion hatten den jetzt laufenden Haushaltsstabilisierungsprozess bei den vergangenen Haushaltsberatungen explizit gefordert, um Strukturen, Prozesses und Arbeitsabläufe in der Verwaltung zu optimieren und um Aufgaben und Ausgaben kritisch zu hinterfragen und zu reduzieren.

Dies ist ein langwieriger Prozess, der nicht mit dem Maßnahmenpaket 1 und auch nicht mit dem Maßnahmenpaket 2 enden wird. Denn die Pakete arbeiten vor allem an den Ausgaben und den Einnahmen, nicht an der Senkung der echten Kosten einer Verwaltungsleistung. Der Stabilisierungsprozess muss sich von Ausgabenstreichungen und Einnahmeerhöhungen verschieben zu strukturellen Fragen, wie wir unsere vorhandenen Mittel effizienter nutzen, Verwaltungsabläufe vereinfachen können. Beim Fuhrparkma-

nagement, Immobilienmanagement und Zentralisierung der IT haben Verwaltung und Gemeinderat bereits damit begonnen. KULT drängt darauf, hier vertieft weiterzuarbeiten.

Dieser Aufgaben müssen sich aber auch die großen städtischen Gesellschaften stellen und die Institutionen, die kommunale Zuschüsse erhalten. Was geschieht mit und nach dem jetzigen Tagesordnungspunkt? Der Gemeinderat bringt in großer Mehrheit eine Vorgabe für die Aufstellung des kommenden Haushalts auf den Weg. Wir Stadträtinnen und Stadträte als Vertreter der Bürgerschaft werden mit der Änderung oder Ablehnung einzelner Maßnahmen am Paket nachbessern. Denn wir wollen, dass unsere Stadt lebenswert ist und bleibt.

Die Leitlinien der KULT-Fraktion sind dabei die folgenden:

1. Es gibt keine Tabubereiche, bei denen die KULT sich einer Diskussion verschließt.
2. Wir werden die Schwachen in der Gesellschaft besonders im Auge behalten.
3. Bei Ausgaben für Kinder und Jugendliche sparen heißt, in eine düstere Zukunft investieren.
4. Kürzungen im sozialen Bereich sind oft Bumerang-Kürzungen. Das hier nicht ausgegebene Geld wird später an anderer Stelle doppelt benötigt.
5. Die Stadt soll ein vorbildlicher Arbeitgeber bleiben.
6. Wir wollen auch durch intelligentes Investieren Kosten senken.

Die Haushaltsstabilisierung ist ein Prozess, bei dem wir immer wieder nachsteuern werden. Schon bei der Haushaltsverabschiedung im Herbst besteht die Möglichkeit, neue Erkenntnisse einfließen zu lassen. Auch danach muss es einen ständigen Soll/Ist-Vergleich geben.

Nur einen Grund dafür will ich nennen. Grundlegende Veränderungen in Verwaltungsprozessen und Arbeitsabläufen in Richtung höherer Effizienz zeigen ihre Wirkung erst in ein paar Jahren.

Fazit: Die Beseitigung des strukturellen Defizits über die kommenden Jahre hinweg ist unverzichtbar. Nur durch langfristig positive Ergebnishaushalte bleibt unser Vermögen erhalten. Nur durch verantwortbare Finanzhaushalte bleibt die Stadt handlungsfähig. Diese Handlungsfähigkeit verbindet den Ergebnis- mit dem Finanzhaushalt, sprich: mit den Investitionen. Hier gilt für meine Fraktion, Generationengerechtigkeit zu beachten, d. h. erstens, möglichst wenig Schulden machen. Wir können nicht nur durch Kredite unsere Baumaßnahmen finanzieren. Und zweitens bedeutet Generationengerechtigkeit, eine funktionierende, gut erhaltene Infrastruktur an die folgenden Generationen zu übergeben.

Letzteres bedeutet, wir müssen weiter nach sorgfältiger Abwägung von Nutzen und Kosten investieren. Unverzichtbar ist hier: Schulen und Krankenhäuser haben Vorrang vor Wünschenswertem. Sich refinanzierende Investitionen oder solche, die laufende Ausgaben senken, habe es bei dieser Abwägung leichter.

Das Geld, das man besitzt, ist das Mittel zur Freiheit. So habe ich zu Anfang Rousseau zitiert. Wenn Bund und Land für die gesellschaftlichen Aufgaben, die sie uns übertragen, immer die Mittel in der notwendigen Höhe mitgäben, dann würde Karlsruhe in materieller Freiheit leben. Ohne höhere Zuweisungen, ohne Vorbedingungen, leben die Kommunen in Knechtschaft zum Schaden der Menschen in der Stadt. Diesen Appell wollte ich zum Schluss noch an die an den Regierungen beteiligten Parteien hier im Saal mitgeben. Unser Sparen allein wird nicht reichen.

Stadtrat Hock (FDP): Jetzt werde ich versuchen die Zeit, die einige meiner Vorredner überschritten haben, wieder hereinzuholen.

Das ganze Thema, das wir heute hier zu besprechen haben, ist kein heiteres Thema. Nein, dies ist nicht vergnügungssteuerpflichtig. Ich habe in meiner Anfangsrede, als wir darüber diskutiert haben, wie wir in diesen Haushaltskonsolidierungsprozess einsteigen, gesagt, meine Damen und Herren, glauben Sie es mir, es werden hier Tränen fließen, weil wir Dinge tun müssen, die uns überhaupt nicht passen und die persönlich jedem hier im Haus – das weiß ich ganz genau aus diesen vielzähligen Gesprächen – wehtun werden.

Man kann heute auch einmal von Seiten des Stadtrats sein Inneres nach außen kehren. Es war nicht einfach, und es hat in vielen Beratungen auch viel Überwindung gekostet, um einzelnen Punkten aus dem großen Konzept der Vorlage der Verwaltung mitgehen zu können. Wir haben – so hat es Frau Luczak-Schwarz schon gesagt – über viele Jahre in Karlsruhe gut gelebt. Wir konnten immer sagen, es wird schon gut gehen. Es ging die letzten Jahre immer gut. Nur, dieser Gemeinderat hat eines ganz klar erkannt. Für die Zukunft wird es definitiv so nicht mehr sein. Dieser Gemeinderat hat fraktionsübergreifend, einzelstadtratsübergreifend heute Entscheidungen vorbereitet, um Ihnen, Herr Oberbürgermeister, die Aufstellung des Doppelhaushaltes mit Sicherheit einfacher zu machen.

Die FDP-Fraktion hat auch viele Anrufe, viele Briefe, viel Mails erhalten. Aus Sicht der Schreibenden ist es natürlich verständlich, dass sie sagen, es trifft uns hart. Ihr müsst das noch einmal überdenken. Eines ist auch klar, Kollege Marvi hat es vorhin schon erwähnt, wir rammen heute Pflöcke ein. Aber wir haben trotzdem Spielraum, um diese Pflöcke an der einen oder anderen Stelle mit Sicherheit noch anzugehen. Wir sind heute nicht hier, um etwas zu zementieren, was danach so vergossen ist, dass man nichts mehr tun kann. Wir müssen uns die Härtefälle anschauen und dann nachjustieren. Das ist allen hier im Hause wohl klar.

Viele kleine Einsparungen sind auf dieser Liste. Aber im Endeffekt werden viele kleine Einsparungen zum Schluss ein großes Ganzes ergeben. Deshalb werden wir viele dieser Dinge heute auch so mitgehen. Es gibt natürlich einige Dinge, die meine Fraktion definitiv nicht mitgehen kann.

Weil heute die Leute die Unterschriften übergeben haben, kann ich eines klar sagen: Meine Fraktion hat von Anfang an gesagt, dass die Schließung der Bürgerbüros mit uns überhaupt nicht zu machen ist. Wir wollen es jetzt überprüfen, wollen dann schauen, wie wir aufgestellt sind. Aber Sie können davon ausgehen, dass die FDP-Fraktion bei diesem Punkt ganz genau hinschauen wird.

Viele Abgaben und Gebühren liegen in Karlsruhe unter dem Durchschnitt anderer Städte. Das haben Sie, Frau Finanzbürgermeisterin, vorhin auch in Ihren Ausführungen schon erwähnt. Deshalb kürzen wir jetzt nicht auf hohem Niveau vieles; wir kürzen es in der Mitte. Wir sind noch nicht soweit, dass wir sagen, wir sind ganz unten angelangt. Nein, wir kürzen auf einem Niveau, wo man noch sagen kann, man muss es jetzt einfach so hinnehmen. Meines Erachtens geht es überhaupt nicht, dass wir sagen, wir würden ganz nach unten gehen. Das wollen wir auch nicht. Wir wollen adäquat kürzen. Das müssen wir auch tun. Denn eines ist klar. Wir können nicht der nachfolgenden Generation irgendwann hier die Kasse hinstellen und sagen, schaut einmal hinein. Es ist ein großes Loch drin. Jetzt schaut einmal, wie ihr die Stadt Karlsruhe die nächsten Jahre aufstellen wollt. Das können wir nicht tun. Deshalb werden wir jetzt gegensteuern, obwohl es – wie schon erwähnt – in vielen Punkten auch wehtun wird.

Meine Fraktion hat immer – das wissen Sie – mit den Hebesätzen gekämpft. Wir springen heute über diese Hürde. Meine Fraktion hat sich das nicht einfach gemacht, aber wir werden heute der Anpassung zustimmen, weil wir auch sehen, dass es andere Städte gibt in Baden-Württemberg, die vom Hebesatz her noch weit über dem liegen, was wir jetzt beschließen. Deshalb wird meine Fraktion diesen Punkt mitgehen. Es war schwierig, aber wir werden das auf jeden Fall tun.

Die Parkgebührenerhöhung, die im Raume steht, wird meine Fraktion nicht mitgehen. Wir haben im Moment eine schwierige Baustellensituation. Für den Einzelhandel in Karlsruhe ist es sowieso nicht einfach. Ich habe gerade heute zu einem Kollegen gesagt, wir sind an einem Laden vorbei gelaufen, der zugemacht und geschrieben hat, es ist ihm nicht mehr möglich, hier Geschäfte zu machen. Man hat schon den Eindruck, dass es schwierig ist, in Karlsruhe Handel zu betreiben. Deshalb wird meine Fraktion definitiv der Erhöhung heute nicht zustimmen.

Die sogenannte Brötchentaste. Was haben wir uns in diesem Haus schon über diese Brötchentaste gestritten. Wir streiten uns, glaube ich, heute nicht mehr. Wir werden heute abstimmen. Meine Fraktion bleibt standhaft, wie sie es immer getan hat zum Wohle des Einzelhandels in Mühlburg und in Durlach. Wir werden der Abschaffung der Brötchentaste nicht zustimmen, auf keinen Fall.

(Zuruf **Stadtrat Borner**/GRÜNE)

- Auf das möchte ich jetzt nicht antworten, Herr Borner. Denn das würde Ihnen dann auch wehtun.

Wir wollen die Minuten, die die Kollegen überzogen haben, einholen. Wir haben noch eine lange Abstimmungsphase, die heute ansteht. Deshalb werden wir von der FDP-

Fraktion in vielen Punkten mit den anderen Fraktionen mitstimmen und auch einige Änderungsanträge mitgehen.

Aber eines war mir wichtig, dass ich das noch einmal herausstelle: der Kulturbereich mit Staatstheater und ZKM. Es wird doch wohl jedem klar sein, dass uns allen, wie man heute in der BNN zu lesen hatte, diese Leuchttürme Staatstheater und ZKM am Herzen liegen. Das ist doch wohl völlig klar. Aber wir haben auch andere kulturelle Einrichtungen, die wir nicht vergessen dürfen. Deshalb können und dürfen wir das Staatstheater und das ZKM aus unseren Überlegungen zur Haushaltsstabilisierung nicht herausnehmen. Es wäre nicht richtig, wenn wir dies tun würden. Deshalb fand ich die Berichterstattung schwierig, das muss man ganz ehrlich sagen, wie es die ganze Zeit lief.

(Der Vorsitzende hebt die gelbe Karte.)

- 10 Minuten? Das kann nicht sein! Herr Oberbürgermeister, Sie müssen die falsche Uhr angeschaut sein. Das kann doch gar nicht sein! Entschuldigen Sie bitte, dann werde ich natürlich jetzt sofort aufhören.

Natürlich ist uns allen klar: Staatstheater 85 % Personalkosten, dass es da mit dem Einsparen schwierig wird, können wir völlig verstehen. Aber meine Fraktion sagt klipp und klar, auch dort muss ein Teil gebracht werden. Da lassen wir sie nicht heraus. Genauso beim ZKM. Deshalb sagt meine Fraktion, die Kulturgeschichte muss nachgearbeitet werden. Dann werden wir in diesem Hause auch eine Sache hinbekommen, wo dann jeder sagen kann, dann machen wir es so, Herr Oberbürgermeister. Ich glaube, dass Sie das richten werden. Daher wird meine Fraktion dann gerne zuhören, was Sie uns vorschlagen.

Stadtrat Bernhard (AfD): Das Maßnahmenpaket 1 für den Doppelhaushalt 2017/18, das wir heute beschließen wollen, ist ein längst überfälliger Schritt in die richtige Richtung. Allerdings kommt es mindestens zwei Jahre zu spät. Bereits bei der Beratung des Haushalts 2015/16 war allen hier im Haus bekannt, dass die Stadt Karlsruhe völlig über ihre Verhältnisse lebt. Dennoch wurde der aktuelle Haushalt mit vielen Mehrausgaben belastet, so dass trotz der höchsten Steuereinnahmen, die Karlsruhe in seiner Geschichte jemals hatte, und der Erhöhung der Gewerbesteuer eine Verdreifachung der Schulden für den aktuellen Haushalt eingeplant wurde. Daran sieht man noch einmal eindrücklich, dass Karlsruhe kein Einnahme- sondern viel mehr ein Ausgabeproblem hat.

Deshalb haben wir, die AfD, den aktuellen Haushaltsplan auch abgelehnt. Diese Politik wird leider heute mit dem vorliegenden Maßnahmenpaket 1 ein Stückweit fortgesetzt. Den Bürgern wird hier verkauft, dass wir ein Sparmaßnahmenpaket machen. Der klare Schwerpunkt liegt allerdings nicht auf Einsparungen sondern auf Steuer- und Gebührenerhöhungen. So sind von den 115,5 Mio. €, die im Maßnahmenpaket drin sind, das wir heute beschließen wollen bis 2022, gerade einmal 39,6 Mio. € Einsparungen, während Steuer- und Gebührenerhöhungen 75,8 Mio. € betragen. Das Verhältnis beträgt also 1/3 Einsparungen zu 2/3 Steuer- und Gebührenerhöhungen.

Dieses völlige Ungleichgewicht zwischen Einsparungen und Steuer- und Gebührenerhöhungen halten wir für den völlig falschen Weg. Da Steuererhöhungen immer das letzte

Mittel sein müssen und nicht das erste, wie wir es jetzt machen, lehnen wir das ab. Wir wissen auch, dass es nicht ganz ohne Steuer- und Gebührenerhöhungen gehen kann. Deshalb werden wir trotz Bedenken viele Maßnahmen heute auch mittragen.

Allerdings werden wir auch etliche Maßnahmen, insbesondere im Bereich der Steuer- und Gebührenerhöhungen ablehnen. Insbesondere nicht mittragen werden wir alle Maßnahmen, die das Wohnen, das Bauen oder die Mieten in Karlsruhe weiter verteuern. Ständig beklagen wir das Fehlen von Wohnungen und vor allem das Fehlen von ausreichend bezahlbarem Wohnraum in Karlsruhe. Nun werden ausgerechnet bei der allerersten Maßnahme der Haushaltsstabilisierung die Kosten für das Wohnen und Bauen in Karlsruhe weiter erhöht.

Um uns noch einmal die Dimensionen vor Augen zu führen: Vom Maßnahmenpaket 1, ich sagte es: ein Volumen von 105,5 Mio. €, schlägt allein die vorgeschlagene Erhöhung der Grundsteuer und der Baugenehmigungsgebühren mit 35,5 Mio. € zu Buche, d. h., über 30 % der Maßnahmen aus Maßnahmenpaket 1 werden sich unmittelbar auf den Mietpreis und die Kosten des Wohnens in Karlsruhe auswirken. Um es noch einmal klar und deutlich zu sagen: Allein durch die Erhöhung der Grundsteuer werden die Karlsruher Bürger in den nächsten Jahren mehr als 34 Mio. € mehr für ihre Wohnungen bezahlen müssen. Diese Steuer- und Gebührenerhöhungen schaden den Bemühungen um bezahlbaren Wohnraum und werden daher von uns abgelehnt.

Zudem lehnen wir Maßnahmen ab, die die Wettbewerbsfähigkeit Innenstadt oder andere Zentren in der Stadt beeinträchtigen. Wir werden daher den KULT-Antrag auf Verschiebung der Erhöhung der Parkgebühren bis nach Fertigstellung der Kombi-Lösung-Baumaßnahmen, voraussichtlich Haushalt 2019/2020, unterstützen. Es wurde vorhin schon gesagt, die Wettbewerbsfähigkeit der Innenstadt ist stark eingeschränkt. Ich glaube, wir sollten hier keine weiteren belastenden Maßnahmen machen, um die Attraktivität der Innenstadt weiter zu schwächen.

Dasselbe gilt natürlich auch für die Zentren außerhalb der Innenstadt, wie Mühlburg und Durlach. Diese Zentren stehen in direktem Wettbewerb mit Einkaufsmöglichkeiten auf der grünen Wiese. Die Abschaffung der Brötchentaste würde zu einer erheblichen Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit dieser Zentren führen. Wir müssen jedoch auch die kleineren Zentren in unserer Stadt stärken und nicht schwächen. Daher lehnen wir diese Maßnahme ab.

Wir lehnen auch Maßnahmen ab, die zur Erhöhung von Kosten bei Familien mit Kindern wie z. B. bei der Schülerbetreuung führen werden. Hierzu gehört insbesondere die Erhöhung der Gebühren für die verlässliche Grundschule. Viele nutzen das gerade als Notmaßnahme. Sie würden viel lieber ihre Kinder in den Schülerhort senden oder in eine Ganztageschule. Die gibt es aber noch nicht überall. Deshalb sollten wir jetzt diese Eltern nicht doppelt bestrafen. Denn sie müssen dann immer noch für eine Betreuung zwischen 14:00 und 17:00 Uhr auf eigene Kosten sorgen, um überhaupt berufstätig sein zu können. Wir sind gegen die Abschaffung der kostenlosen Scool-Card. Wir sind gegen die Erhöhung der Entgelte für Mittagessen an Ganztageschulen. Wir lehnen auch den kompletten Wegfall der Ko-Finanzierung beim Jugendbegleiterprogramm ab.

Eigentlich wollten wir da gar nichts kürzen, aber wir halten den Änderungsantrag der Grünen und der KULT für sehr gut und werden diesen entsprechend unterstützen.

Unser Änderungsantrag zum Gebührenanstieg um 3 % alle zwei Jahre beim KONS: Wir gehen die Erhöhung mit. Aber wir sagen, dass noch einmal klar gestellt werden muss, dass 2022 Schluss sein muss und man nicht bis in alle Ewigkeit alle zwei Jahre um 3 % erhöht.

Hinsichtlich der Schließung der Bürgerbüros Ost und Mitte befürworten wir auch, dass zunächst einmal ein Gesamtkonzept vorgelegt wird, wo dann auch eine gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung flächenmäßig wie auch bevölkerungsmäßig sichergestellt ist. Dann sind wir sicherlich auch bereit, hier Kürzungen mitzutragen. Dass allerdings ausgerechnet das Bürgerbüro Ost hier vorgeschlagen wird, das sicherlich eines der häufigsten in der Stadt ist, das für die Stadtteile Hagsfeld, Waldstadt, Rintheim und Oststadt zuständig ist, halten wir nicht für sinnvoll. Wer dort schon einmal gewartet hat, weiß, dass da ein Riesenandrang besteht und die Wartezeiten doch sehr lang sind. Deswegen: Bitte eine Gesamtkonzeption, wie auch von meinen Vorrednern schon gesagt. Dann werden wir sicher auch Sparmaßnahmen dort mitgehen.

Abschließend will ich sagen, mit unserem vorgenannten Abstimmungsverhalten wollen wir dazu beitragen, dass ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen Einsparungen und Steuer- bzw. Gebührenerhöhungen erreicht wird. Aus unserer Sicht setzt nachhaltiges Wirtschaften voraus, dass das Verhältnis genau umgekehrt sein sollte, wie hier von der Verwaltung vorgeschlagen, nämlich 2/3 Einsparungen und lediglich 1/3 Steuer- und Gebührenerhöhung. Nicht wie hier vorgeschlagen, wo 2/3 des Maßnahmenpaketes nicht durch Einsparungen sondern durch Kostenerhöhung für die Bürger erreicht wird.

Stadträtin Zürn (Die Linke): Auch wir hatten in den letzten Wochen Gelegenheit, das Werden und Wirken des Haushaltsstabilisierungsprozesses zu studieren, das Verfahren zu prüfen und die öffentliche Diskussion dazu anzuhören und uns in verschiedenen Gremien damit auseinanderzusetzen. Sicher sehen auch wir die eine oder andere Einsparmöglichkeit im kommunalen Haushalt. Zur Brötchentaste komme ich später.

Aus unserer Sicht ergaben die Einsparvorschläge aus jedem Bereich jedoch eine eher erschreckende bunte Mischung. Das Weglassen eines Musikevents hier, die Streichung von Geldern für Frauenhäuser da, die Streichung von Ferienbetreuung oder Mobilitätshilfen für Menschen mit Behinderung dort. Mancher Vorschlag wurde sogleich verworfen, weil eine Streichung des städtischen Zuschusses das Aus für das jeweilige Projekt bedeutet hätte. Bei anderen wenigen Projekten wird es Korrekturen in letzter Minute geben, weil massive Kritik von Betroffenen einsetzt.

Unsere Einschätzung der Haushaltskonsolidierung soll aber über die Bewertung einzelner Sparvorschläge hinausgehen. Auch ich möchte in meinem Beitrag kurz auf die von der Stadt zugrunde gelegten guten Voraussetzungen für die kommunalen Finanzen eingehen. Die hohe Beschäftigungsquote und die gute Konjunktur, dass Karlsruhe sich in den letzten Jahren zudem – wie es in der Vorlage heißt – so manches leisten konnte an freiwilligen Leistungen, wird beschrieben als Sondereffekte. Solche Sondereffekte sind z. B. gute Verhandlungen mit dem Land bezüglich der Zuschüsse zum Ausbau der

Kinderbetreuung oder Einmalerträge aus Sonderzahlungen der Gewerbesteuer. Die Wortwahl macht schon klar, dass eine für solche sozialen Aufgaben gut ausgestattete Kommune von der Stadtverwaltung offenbar eher als Ausnahmezustand angesehen wird, ebenso wie gute Verhandlungen mit Land und Bund zur Übernahme von Leistungen.

Generell aber, so heißt es, reichten alle Steuern nicht aus, um die hohen Kosten für das Soziale, für Jugend, Familien, Kinder usw. zu finanzieren. Deshalb müssen die in Zeiten positiver Haushaltsergebnisse ausgebauten freiwilligen Leistungen nun wieder zurückgebaut werden. Das klingt irgendwie logisch. Aber: In Sparmodus geschaltet, glauben wahrscheinlich die meisten Gemeinderatsfraktionen jetzt selbst, das Sparen werde allen wehtun, es sei für jeden etwas Schmerzliches dabei. Doch das ist falsch. Wehtun werden die Kürzungen in allen Bereichen vor allen Dingen Menschen mit geringem Einkommen. Das werden auch in Karlsruhe immer mehr.

Dass die Sozialausgaben steigen, lag und liegt doch auch in Karlsruhe weniger an der Großzügigkeit der Stadt in fetten Jahren, sondern daran, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander geht und dass immer mehr Menschen auf Unterstützung angewiesen sind. Obwohl die Stadt glauben machen will, sie haben das Soziale in den letzten Jahren üppig verschwenderisch ausgestattet, sind doch Riesendefizite festzustellen. Wohnungsnot inklusive kein Platz für Kunstschaffende, Armut, Obdachlosigkeit, dies alles sind Probleme, die zunehmen. Kinderreiche, Alleinerziehende, Menschen in prekären Beschäftigungen, Kinder und Jugendliche, Alte, kleine Vereine, Künstler, Kreative – ihnen werden die Streichungen wehtun. Sie werden teilweise ihre Existenz bedrohen. Zukunftsfähig ist das im Übrigen nicht. Die Folgekosten sind leider in den Maßnahmen, die wir heute zu beschließen haben, nicht miteinberechnet. – So viel zum Punkt der Kosten für das Soziale.

Die behauptete Transparenz, mit der die Abstimmung von Sparmaßnahmen vonstatten ging, führte aus unserer Sicht nicht zu echter Beteiligung hier in der Stadt und noch weniger zu Mitbestimmungen. Die Dezernate machten zunächst umfassende Sparvorschläge, von denen manche dann wieder gestrichen wurden. Dass es mit den Kürzungen am Ende vielleicht nur halb so schlimm wird, oder werden könnte, lässt viele Einrichtungen und sehr viele Beschäftigte heute still halten. Es ist ein seltsames Einvernehmen, das mit den großen Wohlfahrtsverbänden geschlossen wurde. Es waren umfangreiche Kürzungen in Aussicht gestellt. Ein selbstgewähltes Einsparvolumen von 9 % soll nun ein Kompromiss sein.

Überdies hält man es jetzt – ich zitiere aus der Vorlag – im Sinne der Verlässlichkeit und der Gleichbehandlung für zielführend, wenn auch weitere Empfänger freiwilliger Leistungen im Sozialbereich diesen Sparbeitrag leisten werden. Wir finden es eine gewisse Gefühllosigkeit, den kleineren Einrichtungen im sozialen Bereich das Sparen als eine Gerechtigkeit zu verkaufen. Denn es liegt auf der Hand, dass ihre Finanzspielräume wesentlich kleiner sind und dass diese nach der verlässlichen Rechnung des Sparens zwischen noch mehr Selbstausbeutung oder einem Ende ihrer Arbeit wählen dürfen.

In die monatelangen Prozesse zur Findung von Sparbeiträgen waren auch die Beschäftigten der Stadt und ihrer Betriebe einbezogen. In vertrauensvoller Zusammenarbeit,

wie es in der Vorlage zum Maßnahmenpaket heißt. Zugleich betonte die Stadt in der gleichen Vorlage, dass im Wesentlichen keine Mitwirkungs- oder Zustimmungspflicht des Personalrats bestand oder diese langwierig sei. Eine Maßnahme hat der Personalrat schon bearbeiten können und sie abgelehnt. Wir sind gespannt, was in der vertrauensvollen Zusammenarbeit nun aus dieser Maßnahme wird.

Personalvertretung und Gewerkschaften haben das Sparvorhaben der Stadt vielfach und in sehr deutlichen Worten kritisiert. Sie sagen, dass weitere Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen bei der ohnehin überdurchschnittlichen Belastung für die Beschäftigten in Kauf genommen werden, was sie natürlich ablehnen. Sie sind der Meinung, dass eine Einsparung im Bereich Gesundheit und Soziales – aber beileibe nicht nur dort – für die Beschäftigten nicht zumutbar ist. Der Prozess weiterer Arbeitsverdichtung wird mit der Formulierung „Optimierung“ schlicht entnannt und schön geredet. Wo sollen eigentlich die gerechten Lohnerhöhungen für die öffentlich Beschäftigten bleiben, wenn überall gespart wird? Wer so spart, kann doch keine besseren Gehälter zahlen.

Die Stadtratsmehrheit legt die Stirn in Falten und stimmt dem Sparpaket zu. Wir sind der Meinung, dass es andere und bessere Ideen zur Haushaltskonsolidierung gibt, als das vorhandene Sparvorhaben. Am Anfang stünde vielleicht noch einmal die Diskussion der Frage, ob die Kommunen heute nicht doch ein Einnahmen- und weniger ein Ausgabenproblem haben. Es wäre auch wichtig, noch einmal über Großprojekte nachzudenken. Leider sind bei vielen Leuchtturmprojekten Millionen schon verbaut und verbuddelt, die anderswo gebraucht würden. Aber beim Stadion sehen wir noch eine Möglichkeit, hier anders zu entscheiden und das Stadion nicht mit kommunalen Geldern zu bauen.

Leider sehen wir bei den im Gemeinderat vertretenen Gruppierungen wenige Ansätze, die finanziellen Probleme der Stadt anders als zu Lasten der sozial Benachteiligten zu lösen. Das wird nicht dadurch besser, dass es in Salomitaktik passieren soll.

Das Vorhaben der Haushaltskonsolidierung – ich komme zum Schluss – halten für wenig weitsichtig, für zu wenig sozial und auch für wenig demokratisch. Wir wollen so eine Politik nicht mittragen. Deshalb werden wir mit den Sparvorschlägen so verfahren, wir werden sie entweder ablehnen oder uns enthalten. Mit unserem Ja zur Abschaffung der Brötchentaste dürfen Sie aber trotzdem rechnen.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Die Frage, die ich mir die letzten Minuten gestellt habe, ist: Was könnte ich tun, damit Sie mir zuhören? Die Dynamik der Debatte war so, es war am Anfang Konzentration da, dann wurde es gesprächig, dann wird es verdächtig ruhig. Dann dachte ich schon, in welchem Schlaf, in welchem Zustand das Plenum gerade ist. Würde es Ihnen vielleicht helfen, wenn ich verspreche, das Ganze um 5 Minuten zu kürzen? Ich bin vielleicht der einzige in dem Plenum, der kurz reden kann. Ich probiere es einmal. Ich werde Allgemeinsätze vermeiden.

Was ich auf jeden Fall sehr gut bei dem Prozess finde, ist, dass Dinge herauskommen, dadurch dass man alles anschaut. Es wurde z. B. festgestellt, dass Dinge anschubfinanziert wurden und dann vergessen wurde, das wieder zu hinterfragen. Es läuft einfach 10 Jahre weiter. Plötzlich ist das dieses Mal aufs Tablett gekommen. Oder z. B. wird

irgendwo ein Geschäftsführer angestellt für eine gemeinnützige Organisation. Dessen Gehalt wird zum Teil getragen vom Haushalt. Solche Dinge werden offenbart. Das finde ich sehr gut.

Mein Bild, das ich für die Haushaltskonsolidierung habe, ist das eines Holzfällers. Der geht in den Wald und sieht einen Baum, den er fällt. Und woanders sieht er einen Baum, den fällt er auch. Irgendwann hat er seine Masse zusammen. Ich möchte an dieser Stelle eines noch einmal einfordern; das, was ich im Sozialausschuss gesagt habe. Wo will man eigentlich hin? Wie soll das am Schluss aussehen? Es geht nicht darum, dass wir hier und da und dort etwas machen, sondern wie soll das Ganze später aussehen. Da gefällt mir die große Konzeption.

Ich möchte ganz kurz unsere Prinzipien nennen, nicht die Einzelheiten, die wir vorhaben, die Prinzipien, wie wir entschieden haben, was wir gut finden und was nicht. Wir haben gesagt, auf die Schwachen in unserer Gesellschaft wollen wir Rücksicht nehmen. Jetzt kam, man möchte Rücksicht nehmen auf die Kinder, deren Belange beherzigen. Wir wollen das soziale Zusammenleben dieser Stadt fördern. Da dürfen wir nicht sparen. Wir wollen die Wirtschaft und den Handel nicht schwächen. Denn die sind es, die uns das Geld liefern. Deswegen muss man dieses genauso betrachten.

Die Einzelfälle lasse ich jetzt alle weg. Sie sind alle schon gesagt. Zwei kleine Punkte, die mir doch wichtig sind, wo besonders geschrien wurde, möchte ich nennen. Das war das Staatstheater. Sie wissen, dass von mir etwas kommen musste zum Staatstheater. Bei diesem Staatstheater wurden vor nicht allzu langer Zeit Stellen geschaffen. Es wird in den obersten Etagen doch relativ großzügig damit umgegangen. Da frage ich mich, ob nicht doch Geld da ist. Ist ein Sparpotential da? Da muss man auch genau hinschauen, nicht einfach nur schreien und gute Publicity machen. Das geht so nicht.

Das Zweite, das Indoor-Meeting. Das ist mir ein Herzensanliegen. Aber das können wir uns einfach nicht leisten. Das tut mir wirklich weh. Da kann man noch so viel Publicity haben, hohe Einschaltquoten und was immer. Die Leute schauen die Leichtathletik an und hören einmal in der Sendung den Namen Karlsruhe. Das ist kein Argument für die Aufrechterhaltung. Wenn es deutlich gesenkt wird, dann sind wir von GfK dabei, aber sonst nicht.

Die Stadt als Verantwortungsträger für alles, das hat sich entwickelt. Wir bekommen jedes Jahr neue Dinge aufgebuckelt. Wir fangen an bei der Geburt, wir gehen weiter zur Bildung, wir gehen weiter zur psychologischen Erkrankung, wir gehen weiter bis die Menschen sterben. Auch da sind wir verantwortlich. Die Stadt hat mittlerweile eine zentrale Position erhalten. Das können wir niemals erfüllen. Wir sind für alles verantwortlich. Wir müssen ein klares Profil haben. Was können wir uns leisten? Was können wir nicht leisten?

Daher würde ich anregen, dass wir uns einmal zusammensetzen, um das Profil der Stadt – wie können wir nach außen auftreten – zu besprechen. Wir sind nicht die Guten dieser Welt. Wir sind nicht die, die alles erfüllen. Wir werden die Menschen enttäuschen und wir werden keine hohe Bürgerzufriedenheit schaffen. Wir müssen klar sagen, was wir können und was wir nicht können. Dieser Prozess steht aus. Den müssen wir durch-

stehen. Dann werden wir Haushalte aufstellen, die passen. Die werden wir uns auch leisten können, um der Generationen Willen, um der Freiheit Willen.

Stadtrat Schmitt (pl): Wenn sich fast alle Parteien einig sind, wird es für den Bürger ungemütlich und vor allem teuer. So war das immer schon, und so ist das auch bei diesem Maßnahmenpaket. Ich finde es allerdings sehr positiv, dass diejenigen, die vor einem Jahr für diesen Haushalt gestimmt haben, nun auch eingesehen haben, dass das ein Fehler war. Ein Haushalt, bei dem die Schulden pro Kopf um den Faktor 3 steigen, ist kein Haushalt, dem man mit gutem Gewissen zustimmen kann.

Immerhin haben Sie verstanden, dass man nun nachbessern muss. Ich wünsche mir, dass man für kommende Haushaltsberatungen aus diesen Fehlern lernt. Beim Nachbessern sind Sie nun allerdings dabei, sofort den nächsten Fehler zu machen. Denn wer andere überzeugen will, muss selbst mit gutem Beispiel voran gehen. Das ist eine Binsenweisheit, die nicht erläuterungsbedürftig ist. Über alle Fraktionen wurden etliche Maßnahmenpunkte angesprochen. Einen haben Sie vergessen.

Die Mehrheit dieses Gemeinderates kann sich offensichtlich nicht dazu durchringen, auch einen eigenen Beitrag zu diesem Haushaltsstabilisierungsprozess zu leisten, und zwar in dem Maße, wie auch bei anderen gekürzt wird. Mit 5 % des Sachkostenbudgets ist es hier meiner Meinung nach nicht getan. Angebracht sind vielmehr auch hier 10 % des Gesamtbudgets. Wir erklären den Karlsruhern, dass überall gespart werden muss. Bei den Zuschüssen für die Fraktionen tun wir dann nur so, als ob wir sparen wollen. Damit macht sich der Gemeinderat in höchstem Maße unglaubwürdig und auch angreifbar. Wenn das Problem so groß ist, wie wir es darstellen, dann müssen wir mit der Lösung des Problems bei uns selbst anfangen und selbst einen wirksamen Beitrag dazu leisten. Denn nur so können wir den von den Kürzungsmaßnahmen Betroffenen zeigen, wie ernst die Lage ist.

Aber auch die Struktur der hier zur Abstimmung stehenden Maßnahmen hat einen leider nicht unerheblichen Schönheitsfehler. Statt konsequent zu sparen, werden die Einnahmen erhöht. Mit Sparen im klassischen Sinn hat das nichts zu tun. Sparen bedeutet, die Ausgaben zu reduzieren und nicht die Einnahmen zu erhöhen. Durch die Erhöhung einer Fülle von Gebühren und Steuern wird die Stadt unattraktiver. Sie verlagert ihr Haushaltsproblem auf die Bürger. Die Bürger zahlen sowieso schon die höchsten Steuern in Europa, wie alle Analysen zeigen. Insofern ist es geradezu perfide, hier noch einmal auf kommunaler Ebene draufzusatteln.

Insbesondere die Erhöhung der Gebühren für Bauanträge zeigt, dass man offensichtlich auch die Zeichen der Zeit nicht richtig verstanden hat. Wer will, dass neue Wohnungen gebaut werden, sollte sich über jeden eingereichten Bauantrag freuen. Stattdessen wollen Sie die Antragsteller mit höheren Gebühren bestrafen. Wer will, dass der Mietanstieg gebremst wird, muss das Mieten billiger machen. Sie aber verteuern das Mieten, indem Sie nun die Grundsteuer erhöhen. Die Erhöhung der Grundsteuer ist mit 34 Mio. € der größte Posten in diesem Maßnahmenpaket. Damit tragen die Mieter in Karlsruhe die Hauptlast dieser Haushaltskonsolidierung. Denn diese Zeche zahlen nicht nur die wenigen Eigenheimbesitzer, sondern auch und vor allem die viel größere Zahl an Mietern.

Ein weiterer interessanter Punkt ist das Aufstellen neuer Blitzanlagen auf den Straßen. So deutlich, wie in diesem Maßnahmenkatalog war noch nirgendwo zu lesen, dass es dabei einzig und allein um die Sanierung der städtischen Finanzen geht. Da kann man dann nur hoffen, dass in Zukunft oft und viel zu schnell gefahren wird, damit sich die neuen Anlagen in kurzer Zeit amortisieren.

Man könnte diese Aufzählung der Absurditäten noch weiter fortsetzen. Aber an diesen wenigen Beispielen wird schon klar, dass der Zug in die falsche Richtung fährt. Insgesamt gesehen handelt es sich bei diesem Maßnahmenkatalog nicht um ein Sparpaket sondern um ein Gebührenerhöhungspaket. Die 121 Mio. € Ergebnisverbesserung von 2017 – 2022 kommen wie folgt zustande:

74 Mio. € durch die Erhöhung der Gebühren für normale Bürger, 7 Mio. € durch die Erhöhung von Gebühren für Firmen, und nur 40 Mio. € sind echte Einsparungen. Damit werden 67 % über Gebührenerhöhungen und nur 33 % über Ausgabenkürzungen realisiert.

Neben den hohen Investitionen in Bauprojekte war der zweite Grund für die Schiefelage des Haushalts die massive Personalaufstockung in der Stadtverwaltung. In Punkto Personaleinsparung konnte man sich bisher gerade einmal dazu durchringen, den Beförderungstermin für Beamte um ein paar Monate zu verschieben. Das bringt in 5 Jahren 1,9 Mio. €, was gleichbedeutend ist mit 1,5 % an Gesamtmaßnahmen. Bei einem Kostenblock, der 300 Mio. € in einem Jahr und 1,5 Mrd. € im Betrachtungszeitraum ausmacht, ist das äußerst dürftig. Hier muss bei den nächsten Maßnahmenpaketen deutlich mehr kommen.

Bei dem jetzt vorliegenden Maßnahmenpaket werde ich konsequent gegen alle Gebührenerhöhungen für normale Bürger stimmen. Wenn der Gemeinderat sich dazu durchringen könnte, auch mit der Kürzung seiner Fraktionsgelder einen wirksamen Beitrag zu leisten, würde es sicher nicht nur mir leichter fallen, den wenn auch schmerzhaften, aber notwendigen Kürzungen zuzustimmen. Zeigen wir den Bürgern, dass wir für uns selbst keine Ausnahme machen und fangen wir mit dem Sparen bei uns selbst an.

Stadtrat Dr. Heilgeist (CDU): Ich hätte es bei gerne bei diesen 10 Minuten bewenden lassen. Aber die Ausführungen vom Herrn Kollegen Schmitt zum Schluss machen es doch unumgänglich, ein paar Worte dazu zu sagen. Denn sonst kommt doch in der Öffentlichkeit der Eindruck, dass hier eine Sparorgie gefeiert wird zu Lasten anderer und der Gemeinderat sozusagen bei sich zuletzt anfängt.

Wir haben gehört, als vorhin die beiden Kolleginnen aus dem Gemeinderat verabschiedet wurden, was für Aufgaben wir übernehmen, in wie vielen Ausschüssen der Gemeinderat tätig ist und – auf der anderen Seite – was der Gemeinderat selbst als Entschädigung für seine ehrenamtliche Tätigkeit bekommt, die in vielen Fällen schon fast eine Halbtagsstätigkeit ist und wie wir seit Jahren im Sinne der Stadt an unseren eigenen Entschädigungen, die wir bekommen, sparen. Das einzig Positive an dieser Entschädigung ist, dass die Fraktionsbüros entsprechend ausgestattet sind, um uns die Arbeit ein wenig zu erleichtern. Das meiste müssen wir sowieso selber machen. Aber die Frakti-

onsbüros erleichtern es uns. Jetzt hier darzustellen, dass der Gemeinderat an sich zuletzt spart, ist wirklich eine Frechheit.

Wir haben über alle Fraktionen und auch Einzelstadträte hinweg solide argumentiert, warum wir sparen müssen. Aber wir haben über Dinge geredet, die auch in diesen Sparpaketen drin stehen. Von Blitzanlagen, Herr Schmitt, habe ich da nichts gefunden. Über die reden wir heute gar nicht.

Herr Wohlfeil hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es hier auch um Generationengerechtigkeit geht und das bei vielen Dingen, die wir ansprechen. Wir haben in der Vergangenheit Leistungen erhöhen müssen. Herr Schmitt hat zu Recht darauf hingewiesen, dass wir Personaleinstellungen vorgenommen haben. Aber wir haben sie in Bereichen wie Kindergärten, gerade was die Kinderbetreuung betrifft, vorgenommen. Das sind alles Aufgaben, die vom Bürger gefördert werden, die aber auch nicht von Luft und Liebe erbracht werden können. Da benötigen wir Personal. Das Personal muss auch entsprechend bezahlt werden.

Zu sagen, dass hier Sparvorschläge gebracht werden müssen und wir nicht nur Einnahmen erhöhen können, da hätte ich gerne welche gehört. Sparvorschläge, die eingebracht werden, wo der Bürger auch sagen kann, er ist bereit sie zu akzeptieren. Die Diskussion geht auch darum, was den Bürgern zumutbar ist, wo können wir tatsächlich sagen, das könnte man reduzieren. Da haben wir uns im Wesentlichen darauf beschränkt, dass wir fragen, wie sind die Standards in anderen Städten. Sind unsere Standards zu hoch? Können wir unsere Standards anpassen? Es geht nicht darum, dass man jetzt tatsächlich eine Sparorgie feiert, sondern wir müssen uns an dem, was möglich ist, orientieren. Da kommen wir nicht drumherum, dass wir auch die Einnahmen erhöhen. Auch wenn es zugegebenermaßen schwer fällt.

Aber die Grundsteuer, die am unteren Ende der vergleichbaren Städte liegt, zu erhöhen, ist eine Maßnahme. Sie ist unumgänglich. Vor allen Dingen muss man auch sehen, sie ist ergiebig. Wie sollen wir sonst die Zahlen erbringen, wenn wir 400 Mio. € einsparen müssen, wenn wir nicht auch solche Dinge anfassen. Wir haben jetzt einen ersten Schritt, den wir gemeinsam gehen wollen, indem wir hier ein Stimmungsbild abgeben, was wir uns vorstellen können, in der Haushaltsberatung anzugehen. Ich möchte einmal sehen, wenn die weiteren Schritte kommen bis zu den 400 Mio. €, was das noch gibt. Da müssen auch Maßnahmen getroffen werden. Deswegen finde ich es falsch, wenn wir jetzt schon hingehen und alles das, was wir machen – da ist heftig um diese Maßnahmen gerungen worden, über alle Fraktionen hinweg -, schlecht reden und sagen, der Gemeinderat spart an sich selbst nicht.

Stadtrat Höyem (FDP): Wie viele hier wissen, bin ich seit mehr als 50 Jahren politisch aktiv auf allen Ebenen und in vielen Ländern. Unzählige Haushaltskonsolidierungen habe ich miterlebt. Aber, Herr Oberbürgermeister, liebe Kollegen, liebe Medien und Zuhörer, heute ist es etwas ganz Besonders. Ich denke, es ist in der Karlsruher Geschichte, bundesweit – lassen Sie mich etwas pathetisch sagen –, ja wahrscheinlich sogar auf europäischer Ebene heute einmalig. Warum ist es heute so besonders? Weil wir als Gemeinderat eine gemeinsame Antwort präsentieren. Wir stellen uns als Gemeinderat gemeinsam der Verantwortung für einen zukünftigen, vernünftigen Haushalt.

Politik ist auch, sich parteipolitisch zu profilieren. Politik ist auch, gegen andere Parteien zu argumentieren. Gerade in diesem sehr langen unausweichlichen Prozess haben wir alle davon Abstand genommen. Wir haben nicht erlaubt, uns in kleiner Parteipolitik auseinanderdividieren zu lassen. Dazu war die Aufgabe zu groß. Selbstverständlich waren wir alle in Versuchung. Besonders wegen der besonderen Mediensituation, die wir in Karlsruhe haben. Nichts ist wahr, bevor man es in den BNN oder in ka-news gelesen hat. Aber nicht alles, was man in den BNN oder ka-news liest, ist deshalb wahr.

Wir haben in den letzten Monaten Angriffe und Debatten erlebt, die oft auf Gerüchte oder Halbwahrheiten gebaut haben. Oft hat man den Eindruck bekommen, dass die Bevölkerung 48 blöde und böse Ignoranten hier im Rathaus gewählt hat und dass die Klugen und Guten die nicht Gewählten sind. Aber die Wahrheit ist, wenn all die Klugen und Schönen und Guten nicht Politik machen wollen, dann müssen wir das tun.

Herr Oberbürgermeister, wir haben Sie für den letzten Doppelhaushalt kritisiert und nicht zugestimmt. Ehrlich gesagt, haben wir auch nicht geglaubt, dass Sie Ihre Versprechen halten, nämlich den nächsten Doppelhaushalt sehr ernst als Haushaltskonsolidierung zu betrachten. Sie haben es ernst gemeint. Großes Lob dafür. Und großes Lob an alle Kollegen, dass wir alle Parteiprofilierungen in dieser Arbeitsphase zurückgestellt haben.

Die kommenden Monate haben meiner Meinung nach eine ganz klare Arbeitsstellung, falls wir unsere Einigkeit nicht wieder verlieren. Die Verwaltung hat uns Einsparungen vorgeschlagen. Wir haben heute die gemeinsame Antwort gegeben. Jetzt ist es eine Bürgermeisteraufgabe, diese Antwort, dieses Mandat zu verwalten. Es ist ganz klar eine Aufgabe für den Oberbürgermeister, die Koordinierung mit dem Land Baden-Württemberg in dieser Sache durchzuführen. Es ist ganz klar eine Aufgabe für die Fachbürgermeisterin, die Konsequenzen für die Einsparungen zu überprüfen.

Falls wir als Parteien in den nächsten Monaten Klagen und Informationen über nicht gewünschte Konsequenzen bekommen, sollten wir als Gemeinderatsmitglieder unisono antworten: Bitte, wenden Sie sich an den zuständigen Bürgermeister. Falls sie oder er die Klagen berechtigt finden, müssen sie oder er mit dem Vorschlag, einen von uns akzeptieren Sparvorschlag nicht in den Haushalt einzubringen, auf uns zurückkommen. Das ist die Bürgermeisteraufgabe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Haushaltsgrundlage haben wir geschaffen. Die politische Debatte nehmen wir mit Mut und Engagement im Herbst auf. Aber in den kommenden Monaten bleiben wir bei unseren Entscheidungen. Lassen Sie es nicht zu, dass wir gegeneinander ausgespielt werden. Deshalb stehen jetzt der Oberbürgermeister und die Fachbürgermeister in der Verantwortung. Heute ist ein guter Tag auf einer politischen Ebene, bei dem wir alle ganz seriös zufrieden sein können.

Der Vorsitzende: Lassen Sie mich zu einzelnen Punkten noch kurz etwas ergänzen.

Es ist richtig, wenn wir den Doppelhaushalt 2015/2016 in der vorgelegten Haushaltsfassung umsetzen würden, dass sich damit die Schulden verdreifachen würden. Aber dass

wir solche möglichen Kreditaufnahmen in den Haushaltsentwurf aufnehmen, ist erst einmal in Karlsruhe gar nichts Ungewöhnliches. Das war die Jahre vorher auch so. Frau Bürgermeisterin hat schon gesagt, dass es im Jahr 2015 nur mit der Hälfte der möglichen Kreditaufnahmen gelungen ist. Wir hoffen, dass wir 2016 vielleicht ganz ohne auskommen. Ich möchte das nur noch einmal deutlich machen, was das eine ist und was das andere.

Wenn man das kritisiert, finde ich das nachvollziehbar. Das wird uns die nächsten Jahre genauso weitergehen. Selbst wenn wir die Haushaltsstabilisierung hinbekommen, haben wir weiter eine eingeplante Kreditaufnahme. Die wird sogar bis zum Jahr 2022 auf 160 Mio. € hochgehen. Dann müssten aus Ihrem Kreis aber auch Einsparvorschläge kommen. Wir sehen uns nicht in der Lage, solche Summen Ihnen auch noch zusätzlich als Einsparung vorzuschlagen. Das würde den Handlungsspielraum der Stadt – sofern es überhaupt welche gebe, die wir so kurzfristig umsetzen könnten – endgültig zunichte machen. Deswegen haben wir uns gemeinsam verständigt, dass wir uns erst einmal über das darüber hinaus gehende Defizit unterhalten, das wir befürchten müssten.

Das, was wir heute hier diskutieren, ist ein erster Schritt, dieses zukünftige Defizit um einmal 22 Mio. € und einmal 28 Mio. € zu reduzieren, sofern Sie allen Vorschlägen folgen würden. Schon im Jahr 2019 bräuchten wir zusätzlich noch einmal Einsparungen oder Mehreinnahmen von 30 Mio. €, um dann überhaupt wieder diese ausgeglichene Situation zu schaffen, die aber immer noch eine Neuverschuldung von plus/minus 100 Mio. € vorsieht.

Von daher bin ich immer für alle Vorschläge dankbar. Aber hier zu sagen, es dürfen keine Einnahmeerhöhungen sein, die lehnen wir alle ab, die Ausgabenreduzierungen sind zu wenig und darüber hinaus ist noch die Neuverschuldung ein Problem, das ist zwar alles als Analyse richtig. Aber es müssten dann wirklich die richtigen Vorschläge folgen, die auch etwas bringen.

Das Zweite. Ich warne davor, dieses Bild weiterzutreiben, da gibt es die Verwaltung, die will an sich selbst nicht sparen. Da, wo es die Bürger trifft, da geht es aber auch nicht. Wenn wir in der Verwaltung nicht in den letzten Jahren Personal aufgebaut hätten, dann hätten die Bürgerinnen und Bürger keine Chance mehr, einen Bauantrag überhaupt in angemessener Zeit bearbeitet zu bekommen. Sie hätten keine Chance mehr, ihre Kinder in die Kinderbetreuung zu geben. Sie hätten keine Chance mehr, die zahlreichen anderen Leistungen der Stadt in Anspruch zu nehmen, die selbstverständlich sind. Die Verwaltung arbeitet nicht für sich selbst, sondern sie arbeitet für die Bürgerinnen und Bürger. Wer sagt, die Verwaltung muss sparen, der muss dann aber auch ehrlicherweise sagen, dass das auch die Bürgerinnen und Bürger mindestens genauso trifft, als würde man direkt irgendwelche Zuschüsse an Bürgerinnen und Bürger reduzieren oder würde die Ausgaben erhöhen.

Noch zur Klarstellung: Wir entscheiden heute weder über Indoor-Meeting noch über Blitzanlagen. Das eine ist nicht mehr enthalten in den Haushaltsvorschlägen, und das andere diskutieren wir im Rahmen der Aufstellung des Wirtschaftsplans für die KEG dann zu gegebener Zeit.

Sie haben die Aufgabe formuliert, dass Sie wissen wollen, was es bei den Kultureinrichtungen bedeutet, wenn wir hier zu Einsparungen kommen. Das diskutieren Sie bitte mit den Kultureinrichtungen selbst. Das ist auch schon erfolgt. Es gibt zwei Kultureinrichtungen, bei denen Sie als Gemeinderäte und Gemeinderätinnen in besonderer Verantwortung stehen. Das sind die, wo wir auch mit Träger dieser Einrichtungen sind. Da verweise ich auf die entsprechenden Verwaltungsratssitzungen. Ich denke, da wird noch die Diskussion stattfinden, was es dann bedeutet und was nicht. Hier reden wir über die Haushaltsaufstellung. Aber das ist nicht etwas, das die Stadt Ihnen erklären muss, sondern das diskutieren Sie dann bitte vor Ort.

Ich wehre mich gegen die Begrifflichkeit, wir hätten bisher üppig verschwenderische Sozialausgaben gehabt. Das haben wir nicht. Aber die Stadt Karlsruhe hat ein sehr hohes Niveau, was zusätzliche freiwillige Angebote im sozialen Rahmen betrifft. Die waren sicherlich nicht verschwenderisch. Aber sie liegen zum Teil deutlich über dem, was man in anderen Städten macht. Es gibt eben doch noch einen Unterschied zwischen Pflichtaufgaben und freiwilligen Aufgaben. Von daher geraten diese freiwilligen Aufgaben – übrigens in allen andern Bereichen genauso – stärker in den Fokus als die Pflichtaufgaben. Frau Stadträtin Zürn, die Versorgung von Wohnungslosen, von alleinerziehenden Müttern usw. sind meistens Pflichtaufgaben. An die sind wir bisher weder herangegangen, noch können wir ernsthaft drangehen. Ich bitte jetzt auch nicht die soziale Notlage auszurufen angesichts von dem, was wir heute diskutieren. Wenn Sie einmal die Anteile der verschiedenen Bereiche an den gesamten heute vorliegenden Vorschlägen anschauen, dann ist der Sozialbereich nicht der, der bisher am üppigsten dazu beiträgt.

Das Thema gerechtere Gehälter hat übrigens mit dem, was wir hier diskutieren, gar nichts zu tun. Wenn es eine Tarifierhöhung für den öffentlichen Dienst gibt, dann werden wir die natürlich umsetzen, genauso wie wir auch weiter nach entsprechendem Tarifvertrag zahlen. Man kann das dann als gerecht oder ungerecht behandeln. Aber wir können nicht definieren, was wir für gerechte oder ungerechte Gehälter halten.

Es ist erwähnt worden, dass drei Sparmaßnahmen bei der VBK auch die Bürgerinnen und Bürger betreffen. Ich will nur der Vollständigkeit halber hinzufügen, dass es hier noch eine ganze Reihe anderer Sparbeiträge gibt, die nicht etwas mit der direkten Leistung an den Bürgerinnen und Bürgern zu tun haben. Verglichen mit dem Gesamten – was übrigens alle in der KVVH organisierten städtischen Gesellschaften, aber auch alle anderen erbringen müssen – sind diese drei Maßnahmen gut begründbar und zum andern auch nur ein kleiner Anteil an dem, was ansonsten noch erbracht wird.

Es gab die Kritik, dass wir die Öffentlichkeit noch nicht ausreichend beteiligt haben und dass es nicht transparent ist. Das war zu diesem Zeitpunkt auch nicht unsere Absicht. Das hätten wir auch gar nicht leisten können. Dies ist im Grunde eine vorgezogene Beauftragung von Ihnen an uns, bei der Haushaltsaufstellung bestimmte Dinge zu tun oder nicht zu tun. Die eigentliche Beteiligung findet im Rahmen des regulären Haushaltsberatungsprozesses statt. Wir werden im Juli den Haushalt einbringen, im November/Dezember finden dann die Haushaltsberatungen statt. Wir werden als Stadt in der Zwischenzeit zwischen den beiden Terminen ein Bürgerforum zum Haushalt machen. Da können all diese Dinge noch einmal diskutiert und auch ausdiskutiert werden.

Dass wir dieses Jahr schon zu abschließenden Haushaltsberatungen kommen, ist ein Novum. So lange ich die Kommunalgeschichte hier zurückverfolgen kann, haben üblicherweise diese abschließenden Beratungen immer erst im Februar stattgefunden, d. h. unsere Kämmerer, aber auch alle Haushaltsbeauftragten der einzelnen Dezernate müssen in diesem Jahr doch mit einer gewissen Arbeitsverdichtung leben, weil wir neben dem Rechnungsabschluss für das letzte Jahr, dem Haushaltsstabilisierungsprogramm, das wir auch intensiv diskutieren, jetzt auch noch vorgezogene Vorbereitungen der Haushaltsaufstellung zu verkraften hatten. Das ist eine ganze Menge Holz. Aber ich bin froh, dass es dieses Jahr gelingt. Denn es macht natürlich keinen Sinn, im Februar über Ausgaben zu diskutieren, die seit Januar eigentlich schon hätten getroffen werden müssen. Von daher ist es auch ein Stück Verantwortlichkeit und Sicherheit für alle Beteiligten, es vorzuziehen. Das Land hat es übrigens vor fünf Jahren auch so gemacht. Das ist eine gute Sache.

Ich bin sehr dankbar für die Vereinbarung mit dem Gesamtpersonalrat, mit den wesentlichen Elementen: keine betriebsbedingten Kündigungen und auch die gemeinsame Vereinbarung: Arbeitsverdichtung kann nicht die Lösung der Themen sein sondern Aufgabenkritik. Alle Maßnahmen, die wir heute diskutieren, haben sehr viel damit zu tun, dass aus der Verwaltung der Wunsch kam, erst einmal die zu fragen, die es betrifft, und diese Vorschläge dann aber nicht auf halber Höhe zur Seite wegzuräumen, sondern bis in den Gemeinderat durchzutragen. Insofern steht auch nicht hinter jedem Vorschlag jeder Fachdezernent. Auch ich persönlich habe zu dem einen oder anderen eine andere Meinung. Aber wir haben es versprochen. Es ist dadurch ein zumindest in der Verwaltung und in den Gemeinderat hinein enorm transparenter Prozess gewesen, wie er ansonsten selten vorkommt.

Mit den vorgeschlagenen Einsparungen ermöglichen Sie es uns, eine Haushaltsaufstellung hinzubekommen, die dann im Vollzug wahrscheinlich oder doch mit an Wahrscheinlichkeit grenzender Sicherheit auf Wiederbesetzungssperren, auf Beförderungstopps und auf globale Minderausgaben erst einmal verzichten kann. Das ist ein enormer Qualitätserhalt für das, was dann am Ende die Verwaltung und auch die Bürgerinnen und Bürger an Sicherheit mitnehmen können. Da wäre ich Ihnen außerordentlich dankbar. Das war der Grund, warum wir auch beim letzten Mal, obwohl es hier mehrfach kritisiert wurde, noch nicht in diese klassischen Sparkonzepte eingestiegen sind. Es ist auch nicht richtig, dass bei den letzten Haushaltsberatungen der Gemeinderat noch draufgepackt hat. Sondern Sie haben am Ende – das ist auch ein Novum gewesen - sogar weniger in den Haushaltsentwurf eingeschrieben, als wir Ihnen vorgeschlagen haben, d. h. Sie haben die Zeichen der Zeit durchaus erkannt. Das ist auch eine ganz gute Voraussetzung.

Ich möchte noch einmal allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ganz herzlich danken, dem HSPKA-Team, Frau Leiser, Frau Heiberger und Herrn Feldmann, BSL mit Herrn Loch, der dort oben auf der Empore sitzt und unsere spannende Debatte hier verfolgt, allen anderen Dezernaten und vor allem auch Amtsleiterinnen und Amtsleitern, aber jedem Mitarbeiter, jeder Mitarbeiterin, die sich hier eingebracht haben. Das war ein irrer zusätzlicher Zeitaufwand. Aber ich bin mir sicher, dass er sich gelohnt hat. Es geht dann lustig weiter mit dem 2. Maßnahmenpaket, wo dann noch wesentlich stärkere und ausgeprägtere strukturelle Einsparungen in der Stadtverwaltung selber und bei der

Ausgabenseite der Stadt passieren müssen. Denn sonst werden wir unsere Ziellinie erst recht nicht einhalten können. Da bin ich dann auch ganz gespannt, wie wir weiter gemeinsam voranschreiten.

Das zu dem. Dann würde ich vorschlagen, dass wir in den Abstimmungsprozess gehen. Sie haben verschiedene Anlagen, die wir hier nacheinander mit den entsprechenden Beschlussvorschlägen durchgehen.

Wir steigen mit den Anlagen 1 a und 1 b ein. Das sind die Maßnahmen, die die Verwaltung im Rahmen des laufenden Geschäftes selber bewältigen kann und wo Sie noch Anmerkungen dazu gemacht haben. Sie sollten das zur Kenntnis nehmen. Das haben Sie alle getan. Damit würden wir so verfahren, wie gemeinsam vereinbart.

Wir kommen zur Anlage 2. Da haben wir gesagt, wir gehen die einzelnen Maßnahmen durch. Ich habe auch die ganzen Änderungsanträge hier eingearbeitet. Ich hoffe, wir können uns immer darüber verständigen. Wenn ich jetzt die einzelnen Maßnahmen aufrufe, würde ich immer das Kürzel nehmen, das Sie kennen. Wenn ich einen Änderungsantrag mitaufrufe, würde ich das über die Nummer des Änderungsantrags tun, aber auch für die Zuhörerinnen und Zuhörer kurz erläutern, worum es geht.

(Er ruft die Maßnahmen der Anlage 2 – ebenso der Anlage 3 - der Reihe nach auf und lässt jeweils darüber abstimmen. Abstimmungsergebnis s. beigefügte Anlagen.)

Damit sind wir am Ende des Marathons. Wir rufen jetzt die Pause aus. Wir sehen uns um 19:30 Uhr hier wieder.

(Unterbrechung der Sitzung von 19:00 – 19:33 Uhr)

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
11. Mai 2016